



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 26. April 2021**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

50. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.26 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 49. Sitzung des Gemeinderates vom 22.03.2021 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herdt

Gemeinderäte:

Christian Fila

DI. Gunter Haydinger

Christiane Kroiß

Dietmar Marehard

Elke Ruetz

Egon Schatzmann

Ralph Schäfer, BSc, MSc

Ronald Schiefermayr

Ingo Spindler

Georg Taitl

Sandra Wohlschlager

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Mag. Bernhard Humer

Mag. Daniela Schindler

Laurien Scheinecker, BA

KR. Karl Schönberger

Mag. Klaus Schinninger

Barbara Wildfellner

Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Stefan Haböck

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

Markus Wiesinger

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Mark Paulusberger, GR. Ing. Olivera Stojanovic, BSc, GR. Mag. Peter Sönser

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 15.04.2021 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Protokoll sieht vor, dass man bei Ausscheiden aus dem Gemeinderat oder Stadtsenat für seine Verdienste um diese durchaus wichtige Tätigkeit für die Stadt Wels eine Verdienstmedaille bis hin zu einer Ehrenbürgerschaft verliehen erhält. Das war in diesem Fall auch bei Herrn Mag.phil. Mato Simunovic der Fall, der am 24.05.2020 aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist. Wir hielten damals schon eine Laudatio und haben uns sehr herzlich für seine herausragenden Leistungen bedankt, vor allem aber für seine Kollegialität in diesem Gremium. Er baute Brücken zu anderen Fraktionen und war immer bemüht, dass es neben der politischen Seite auch im Gemeinderat eine menschliche Seite unter Kollegen und Freunden gibt. Diese umgängliche, kollegiale Art war es, die in allen Fraktionen sehr geschätzt wurde.

Nachdem mir mitgeteilt wurde, dass Mag.phil. Simunovic aufgrund des Ausscheidens von Klaus Hoflehner wieder in den Gemeinderat kommt und wir in der Zwischenzeit wegen der schwierigen Corona-Zeit nicht in der Lage waren dem lieben Mato seine Verdienstmedaille zu verleihen, ist nun dieser Gemeinderat die letzte Gelegenheit einem ausgeschiedenen Gemeinderat Mag. Mato Simunovic diese Verdienstmedaille zu verleihen, weil er ja heute wieder angelobt wird und daher ein enges Zeitfenster gegeben ist.

Daher liebe Mato, habe ich jetzt die große Ehre dir diese Verdienstmedaille der Stadt Wels in Silber zu verleihen als Gemeinderat a.D. Du warst vom 09.11.2015 bis 24.05.2020 im Gemeinderat der Stadt Wels, d.h. knapp fünf Jahre, und kommst jetzt knapp ein Jahr später wieder zurück. Ich gehe davon aus, dass die Ausschusstätigkeit dir noch immer vertraut ist, ebenso wie die sonstigen Instrumentarien, die man braucht um ein herausragender Politiker zu sein. Du hast deinen Kenntnisstand noch durch diverse Tätigkeiten im Aufsichtsrat erweitert und dir entsprechende Erfahrungen in Beteiligungstöchtern erworben. Insofern haben wir jetzt noch einen qualifizierteren Gemeinderat Mato Simunovic zurück. Das freut uns natürlich alle ganz besonders.

Lieber Mato, für deine fünfjährige Tätigkeit im Gemeinderat der Stadt Wels, darunter im Finanz- und Präsidialausschuss, Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss sowie Kulturausschuss darf ich dir nochmals sehr herzlich danken. Ich hoffe, dass du in den neuen Ausschüssen, in denen du ja heute gewählt werden wirst, das gleiche Interesse und

die gleiche Aktivität entfalten wirst und uns auch dort entsprechend lange - noch über die Wahl 2021 hinaus - begleiten wirst. Deshalb freue ich mich sehr dir jetzt in Würdigung deiner hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in Silber zu verleihen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt die Verdienstmedaille der Stadt Wels in Silber an Mag.phil. Mato Simunovic.

APPLAUS!!!

Wahl eines Stadtrates
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Nach dem Verzicht von StR. Klaus Hoflehner soll GR. Mag. Klaus Schinninger zum Stadtrat gewählt werden.

StR. Klaus Hoflehner hat mit Wirksamkeit 25.04.2021 auf sein Mandat als Stadtrat verzichtet. Diese Gelegenheit möchte ich nun nutzen mich bei Klaus Hoflehner sehr herzlich zu bedanken. Lieber Klaus, du warst in den Jahren deiner Gemeinderats- und Stadtratstätigkeit, insbesondere als Stadtrat, wo ich dich ja besser kennenlernen durfte, eine Bereicherung in ganz vielerlei Hinsicht. Du schafftest es mit deiner Art, deiner Kenntnis und deiner Nachdrücklichkeit, die du ganz anders lebst als ich sie lebe, zu Ergebnissen zu kommen, wo viele andere gescheitert wären. Ich lernte Klaus Hoflehner schon relativ früh kennen, weit vor meiner und seiner politischen Tätigkeit, weil wir einmal in Wilhering ein Leitbild erarbeitet haben. Damals hatte ich überhaupt keine Ahnung was dies eigentlich ist. Jedoch hielt ich mich an Klaus Hoflehner, der in diesem Bereich mehr Erfahrung hatte, und wir brachten dies bravourös über die Bühne.

Klaus Hoflehner verrichtete seit 2003 seine Tätigkeit im Gemeinderat, 2015 kam er in den Stadtsenat. Uns allen war er aus seiner sozialen Tätigkeit und vor allem aus seiner Tätigkeit als Mitarbeiter des Magistrats bekannt. Er leitete jahrelang die Dst. Soziale Dienste und brachte daher in diesem Bereich großes Fachwissen mit, das er auch immer wieder in die Beratungen miteinfließen hat lassen.

Lieber Klaus, über deine zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten werde ich dann berichten, wenn dir die tatsächlichen Verdienstmedaillen über deine herausragenden Leistungen verliehen werden. Eine nehme ich heraus, die mir immer ganz wichtig war als ehemaliger Präsident der WSC Hertha, deine Tätigkeit als Vereinsobmann der WSC Hertha, des Hertha Nachwuchsvereines. Auch da hast du als ehemaliger Fußballer dein ganzes know how und deine ganze Liebe eingebracht, deswegen auch in diesem Zusammenhang danke sehr herzlich.

Zur Verabschiedung ersuchte mich Mag. Klaus Schinninger ein paar Worte an dich richten zu dürfen, dem ich jetzt das Rednerpult überlasse.

GR. Mag. Schinninger: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Klaus! Heute möchte ich mich in diesen Reihen bei einem ganz tollen Menschen bedanken. Einem Freund, den ich seit gemeinsamen Zeiten bei den Kinderfreunden und dem Kinderschutzzentrum Tandem

kenne. Jemanden, der durch seine besonnene ruhige Art und Weise es auch mitermöglicht hat, dass ich heute hier stehe. Danke unserem Stadtrat Klaus Hoflehner!

Ich las einmal, dass scheidende Politiker absolut privilegiert sind insofern, dass sie ihre Grabreden noch zu Lebzeiten hören. Klaus, aber keine Angst – nicht heute und nicht von mir! Wir dürfen uns bei dir und deiner Familie bedanken für deine Leistungen in den letzten Jahren, für all die Dinge, die du gemacht hast und erlebt hast. Tausende Telefonate, unzählige Diskussionen, die vielen Sitzungen und Besprechungen, die abgearbeiteten Projekte, die schlaflosen Nächte, den Ärger, den du erleben musstest, aber vor allem auch die schönen Momente nach Erfolgen, in einer gemütlichen Runde bei einem Bier oder einem Glas Wein.

Hier habe ich eine Tafel Schokolade – ganz in lila – Trauben-Nuss. Für mich steht diese Schokolade sinnbildlich für deine Arbeit. Getrocknete Trauben sind im weitesten Sinne Rosinen. Du hast dir die Rosinen bei deinen Tätigkeiten nie herausgepickt. Im Gegenteil, du hattest die eine oder andere harte Nuss zu knacken. Vor allem aber bist du Klaus für mich die Schokolade, die das alles zusammenhält. Die der Guss ist, die das Leben auch ein wenig süß macht.

In diesem Sinne darf ich dir alles Gute wünschen für die nun folgende Zeit – egal was du machst. Sage es uns einfach nicht! Als kleines Zeichen dürfen wir dir ein Geschenk überreichen. Vielleicht denkst du hin und wieder noch an uns. Nochmals herzlichen Dank und alles Gute, lieber Freund!

Bgm. Dr. Rabl: Nach dem Verzicht von StR. Klaus Hoflehner soll GR. Mag. Klaus Schinninger zum Stadtrat gewählt werden. StR. Klaus Hoflehner hat mit Wirksamkeit Ablauf 25.04.2021 auf sein Mandat als Stadtrat verzichtet. Für die Nachwahl als Stadtrat hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag eingebracht lautend auf Mag. Klaus Schinninger. Der eingebrachte Wahlvorschlag entspricht den Formerfordernissen des Statutes der Stadt Wels.

Das neue Mitglied des Stadtsenates wird von den Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ-Fraktion mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Wenn kein Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht wird, ist durch Erheben der Hand abzustimmen.

Ich darf die Gemeinderatsmitglieder der SPÖ-Fraktion ersuchen als Zustimmung ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Mag. Klaus Schinninger wird in Fraktionswahl **einstimmig** zum **Stadtrat** gewählt.

Bgm. Dr. Rabl: Ich gratuliere Mag. Klaus Schinninger zur Wahl als Stadtrat. Lieber Klaus, herzliche Gratulation!

Angelobung eines Stadtrates
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Das neue Mitglied des Stadtsenates hat vor Antritt seines Amtes ein Gelöbnis zu leisten. Ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel. Bitte erheben sie sich von ihren Plätzen.

Magistratsdirektor Dr. Franzmayr liest vor:

„Ich gelobe die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

StR. Mag. Schinninger: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Rabl: Herzliche Gratulation! Ich darf dich ersuchen deinen Platz einzunehmen.

Ich unterbreche nun die Sitzung des Gemeinderates, um dem neu gewählten Stadtrat die Möglichkeit zu geben auf sein Gemeinderatsmandat zu verzichten. Weiters wird während der Unterbrechung eine Sitzung des Stadtsenates durchgeführt. Ich ersuche die Mitglieder des Stadtsenates sich zu diesem Zweck im Galeriesaal der Stadthalle einzufinden.

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 15.16 Uhr bis 15.26 Uhr unterbrochen.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren, wir fahren nun in der Tagesordnung fort.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: StR. Mag. Klaus Schinninger hat anlässlich seiner Wahl zum Mitglied des Stadtsenates auf sein Mandat im Gemeinderat verzichtet. Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Mag. phil. Mato Simunovic unter Berücksichtigung der Verzichtserklärungen von Vzbgm.a.D. Hermann Wimmer, StR. Johann Reindl-Schwaighofer und LAbg. Petra Müllner als listennächstes Ersatzmitglied der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Nachberufung angenommen hat. Mag. phil. Mato Simunovic ist daher als Mitglied des Gemeinderates anzugeloben. Ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel. Bitte erheben sie sich von ihren Plätzen.

Magistratsdirektor Dr. Franzmayr liest vor:

Ich gelobe die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

Mag. phil. Simunovic: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Rabl: Herzliche Gratulation, ich darf dich ersuchen deinen Platz einzunehmen.

Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat einen Wahlvorschlag für eine Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht. Dieser lautet:

Wahlvorschlag für Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse:

Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss

GR. Mag. phil. Mato Simunovic als Mitglied anstelle von StR. Mag. Klaus Schinninger.

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Mag. phil. Mato Simunovic als Ersatzmitglied anstelle von StR. Mag. Klaus Schinninger.

Kulturausschuss

GR. Mag. phil. Mato Simunovic als Mitglied anstelle von StR. Mag. Klaus Schinninger.

Verkehrsausschuss

GR. Mag. phil. Mato Simunovic als Ersatzmitglied anstelle von StR. Mag. Klaus Schinninger.

Die vorstehend angeführten Wahlvorschläge werden in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss

GR. Mag. phil. Mato Simunovic als Ersatzmitglied anstelle von StR. Mag. Klaus Schinninger.

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Wahl des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde in Nachfolge von StR. Klaus Hoflehner ein Wahlvorschlag für den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses eingebracht

lautend auf StR. Mag. Klaus Schinninger. Auch über diesen Wahlvorschlag wird von den Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ-Gemeinderatsfraktion abgestimmt. Erforderlich ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Der Wahlvorschlag für den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, lautend auf StR. Mag. Klaus Schinninger, wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Nachwahl in den Personalbeirat
(§ 20 Oö. Objektivierungsgesetz)
DI-PersR-044-2015

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von StR. Mag. Klaus Schinninger auf sein Gemeinderatsmandat hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Bestellung eines neuen Ersatzmitgliedes für den Personalbeirat eingebracht. Der Wahlvorschlag lautet auf GR. Mag. phil. Mato Simunovic. Diese Bestellung soll mit Beschlussfassung wirksam werden.

Zuständig für die Bestellung ist nach § 20 Abs.2 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 der gesamte Gemeinderat. Es gelten die einfachen Anwesenheits- und Beschlussfassungserfordernisse nach § 28 Abs.1 und 2 GOGR. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Wahlvorschlag betreffend Ersatzmitglied des Personalbeirates lautend auf GR. Mag. phil. Mato Simunovic wird

einstimmig angenommen.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR
an StR. Peter Lehner betreffend Grünflächenfaktor
Verf-015-W-12-2021

Sehr geehrter Herr Stadtrat Peter Lehner!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Am 15. Juni 2020 wurde im Stadtentwicklungsausschuss der Entwurf einer Richtlinie zum Grün- und Freiflächenfaktor im Bauland präsentiert. Seither ist nichts mehr passiert, obwohl sie öffentlich immer wieder versichern, dass Sie ein derartiges Instrumentarium für die Beurteilung von Bebauungsvorhaben befürworten.

1. Warum wurde dieses Thema seither im Ausschuss nicht mehr weiter erörtert?
2. Warum gibt es noch immer keine beschlussfähige Version dieser Richtlinie?
3. Was haben Sie persönlich seither konkret unternommen dieses Vorhaben einer Realisierung näher zu bringen?
4. Wann rechnen Sie mit der Beschlussfassung einer solchen Richtlinie im Gemeinderat?

StR. Lehner: Nachdem wir das Thema Grün- und Freiflächenfaktor im Ausschuss besprochen haben aufgrund deiner Nachfrage, habe ich mir erlaubt die Antwort in diese Sitzung zu verlegen. Am 15.06.2020 präsentierten wir einen Entwurf zum Grün- und Freiflächenfaktor. Im Hintergrund ist seither einiges passiert.

Antwort zu Frage 1: Der Grund ist ganz klar, es gibt das Angebot, dass die Fraktionen sich die Fachexperten einladen. Diesen Vorschlag hat die GRÜNE-Fraktion erst diese oder letzte Woche in Anspruch genommen. Andere Fraktionen taten das noch nicht. Derzeit ist es die beste Variante sich ein entsprechendes Bild zu verschaffen – das ist noch nicht abschließend geschehen.

Antwort zu Frage 2: Weil – das ist der entscheidende Punkt – wir dabei sind, dass wir bei bestehenden und derzeit geplanten Bauprojekten diese Richtlinie als Schablone verwenden, um ein Gespür zu bekommen, was das für Auswirkungen hat und wie sich das einerseits auf die Qualität der Bebauung auswirken wird, andererseits auch auf die Kosten der Bebauung. Welche Ein- und Auswirkungen hat das für Anrainer und für sonstige Betroffene? Daher gibt es zu dieser Richtlinie noch keine beschlussfähige Version.

Antwort zu Frage 3: Ich führte intensive Gespräche auch mit den Kammern. Es wurde mir Folgendes mitgeteilt – das ist für unser weiteres Prozedere das Entscheidendste: Es gibt seitens der EU-Kommission eine Biodiversitätsstrategie für 2030. In dieser Strategie gibt es eine Vereinbarung, dass die Städte entsprechende Vereinbarungen für grüne Städte schaffen. Das Ganze soll passieren im Jahr 2021 und dabei ist es relevant, dass hier nicht nur Maßnahmen europaweit abzustimmen sind, auch in Österreich zu definieren sind, sondern dass diese regionalen Maßnahmen auch entsprechend unterstützt werden bzw. dann in einer Version vorliegen, die nicht nur regional auf Wels Bezug nimmt, sondern generell auf die Situation in Österreich und Europa. D.h. mir ist es wichtig, wenn wir etwas machen – ich bin sehr dafür hier etwas zu tun, darum auch der Entwurf dieser Richtlinie -, dass dieser Entwurf und diese Maßnahme in europäischer Abstimmung geschieht und wenn irgendwie möglich es auch entsprechende Förderungen gibt für die Mieter, für die Benutzer dieser Objekte bzw. auch für die Investoren. Das schlägt ja eins zu eins in vielen Fällen und normalerweise durch. D.h. diese Gespräche gab es.

Antwort zu Frage 4: Infolge dieser europäischen Biodiversitätsstrategie, die heuer noch zu erstellen ist, d.h. ich gehe davon aus, dass es wahrscheinlich im September entsprechende Richtlinien bzw. Umsetzungsvorschläge geben wird, die mit den europäischen Bürgermeister*innen bzw. Städten abgestimmt sind, wird es im 2. Halbjahr 2021 einerseits auf Basis des Wissens, das wir schon gewonnen haben, nachdem wir das Thema im Hintergrund immer wieder bearbeiten und auch die Grünflächenfaktoren immer wieder für die Projekte berechnen, eine Entscheidung geben. Das wird im Herbst d.J. bzw. im frühen Winter 2022 der Fall sein. Dann wird eine Beschlussfassung vorgelegt. Ich kann natürlich dem Gemeinderat nicht vorgreifen, welche Entscheidung er treffen wird.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR
an Vzbgm. Silvia Huber betreffend Tierpark Wels
Verf-015-W-19-2021

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Silvia Huber!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Seit 2018 existiert ein gültiger, einstimmiger Gemeinderatsbeschluss zur Sanierung/ Renovierung des Tiergartens, der in einem Masterplan (2018 – 2027) festgehalten wurde. Darin werden verschiedene Maßnahmen in einer Prioritätenliste angeführt; teilweise handelt es sich um Prioritäten, die von den Plänen 2007 und 2011 fortgeschrieben wurden, d.h. schon länger als dringlich erkannt wurden.

- 1) Welche der Maßnahmen (lt. Prioritätenliste Masterplan) wurden bis dazu bereits
 - a) gänzlich umgesetzt?
 - b) zum Teil umgesetzt?
 - c) noch nicht umgesetzt?
- 2.) Wann genau werden die Maßnahmen mit hoher Priorität begonnen bzw. beendet?
- 3.) Sind die Maßnahmen, wie sie geplant sind, budgetär adäquat abgebildet oder gibt es einen Verzug?
- 4.) Wann wird die Guereza-Außenanlage saniert? Lt. Gemeinderatsbeschluss hätte dies im Herbst 2020 der Fall sein sollen.
- 5.) Wie viele Personaleinheiten stehen für den Tiergarten insgesamt zur Verfügung, wie viele davon entfallen auf den Leiter Dr. Gyula Gajdon?
- 6.) Sind die Vorgaben, die für einen Zoo der Kategorie A rechtlich (Zoo-Verordnung) zu erbringen sind, zu 100 % erfüllt? Wenn nein, warum nicht? Was ist nicht erfüllt?

Vzbgm. Huber:

Antwort zu Frage 1a: Gänzlich umgesetzt wurden noch keine Maßnahmen. In den vergangenen Jahren wurden folgende Maßnahmen durchgeführt: Sanierung Storchenplatz, Errichtung Tukan-Gehege, Sanierung Tukan-Haus. Sanierung Bartaffen-Außenanlage.

Antwort zu Frage 1b: Punkte aus der Prioritätenliste: Ratten-Monitoring, Pelikan, Kea (von Pelikan, Kea, Hornvögel). In den vergangenen Jahren wurde die Umsetzung folgender Maßnahmen begonnen: Tiergarten-Beschilderung inkl. Artentafeln, Planung Haus der Kobolde, Sanierung Guereza-Außenanlage.

Antwort zu Frage 1c: Noch nicht umgesetzt wurden das Haus der Kobolde, Guereza (Dachfenster), Nutztiere, Hornvögel (von Pelikan, Kea, Hornvögel), Vogelgrippe-Begleitmaßnahmen, Rochade Luchs/Watvogel-Anlage, Aras, Terrarienraum, Tapir, Takin.

Ich darf natürlich feststellen, dass der Masterplan Maßnahmen für die nächsten 10 Jahre ohne fixe Terminplanung vorgesehen hat und vorsieht alles nach Maßgabe der finanziellen Mittel und nach einem Kostendämpfungsverfahren. Das Hauptprojekt ist das Haus der Kobolde.

Antwort zu Frage 2: Die höchste Priorität hat das Haus der Kobolde. Die Planung wird 2021 abgeschlossen, die Errichtung aller Voraussicht nach 2022 fertig sein. Die Umsetzung des Masterplans hängt wesentlich von den bereitgestellten Mitteln ab.

Antwort zu Frage 3: Im Voranschlag 2020 – 2025 ist im Jahr 2020 ein Betrag von € 20.000,--, in den Jahren 2021 bis 2025 ein Betrag von jeweils € 100.000,-- vorgesehen. Die Mittel für das Haus der Kobolde soll auch aus nicht verbrauchten Mitteln von rund € 230.000,-- aus den Vorjahren bedeckt werden.

Ich darf aber in Erinnerung rufen, dass wir grundsätzlich zuerst das Haus der Kobolde zu € 450.000,-- beschlossen haben. An dieser Stelle möchte ich den Gemeinderat informieren, es gibt momentan eine Kostenschätzung, da liegen wir bei 1,2 Mio. Euro. Ich kann kein Affenhaus um 1,2 Mio. Euro bauen, daher gibt es morgen wieder einen runden Tisch. Wir schauen uns an (Leistungsverzeichnis) was notwendig ist, um ein ordentliches Haus zu bauen. Wir sind für die Gelder der Stadt Wels verantwortlich – also gibt es dazu morgen noch Gespräche.

Antwort zu Frage 4: Die Vorarbeiten wurden mit der Baueinreichung Ende Oktober 2020 abgeschlossen. Die Baubewilligung wurde mit Bescheid vom 04.02.2021 erteilt. Die Ausschreibungsfrist für die erforderlichen Gewerke endet am 27.04.2021. Nach Beauftragung der Fachfirmen wird das Projekt umgesetzt.

Antwort zu Frage 5: Der Personalstand für den Tiergarten sieht im Stammpersonal acht Mitarbeiter vor. Sechs Tierpfleger als Fachpersonal sowie zwei Helfer. Verwendungsausmaß jeweils 100 %. Zusätzlich ist für die zoologische Leitung eine halbe Stelle (Verwendungsausmaß 50 %) vorgesehen. Zudem unterstützen aktuell drei Lehrlinge, ein Helfer (aus Personalreserve 50 %), ein Mitarbeiter der Lebenshilfe, ein Stiftungs-Lehrling sowie Praktikanten und Ferialpraktikanten den Dienstbetrieb im Tiergarten.

Antwort zu Frage 6: Die Vorgaben für einen Zoo der Kategorie A sind

- gemäß § 4 (2) ein für den tiergartenbiologischen Bereich verantwortlicher Leiter, der als Qualifikation ein abgeschlossenes Studium der Zoologie der Studienrichtung Biologie oder Veterinärmedizin verbunden mit einer mehrjährigen praktischen Berufserfahrung in vergleichbaren Tierhaltungen vorweisen muss. Herr Dr. Gajdon erfüllt diese Anforderungen und ist als zoologischer Leiter des Tiergartens Wels bestellt.
- gemäß § 4 (3) hat die Betreuung der Tiere durch eine im Verhältnis zum Tierbestand ausreichend große Anzahl von Tierpflegern, welche die Lehrabschlussprüfung im Lehrberuf Tierpfleger entsprechend der Tierpfleger-Ausbildungsordnungen oder eine als gleichwertig anerkannte oder zu geltende Ausbildung aufgrund eines Staatsvertrages im Rahmen der Europäischen Integration erfolgreich abgelegt haben, sowie eine ausreichende Anzahl von anderen Betreuungspersonen, zu

erfolgen. Dieser Punkt ist durch die zur Verfügung stehenden Personaleinheiten erfüllt.

- gemäß § 4 (4) müssen Zoos der Kategorie A Aufgaben gemäß § 2 Abs.1 Z.5 erfüllen, sich mindestens jedoch
 - an Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung der Arten beitragen,
 - an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten und
 - am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung und Aufzucht in Menschenobhut beteiligen.

Der Tiergarten Wels ist Lehrbetrieb und beteiligt sich aktuell an folgenden Forschungsaktivitäten:

- Evaluation des Bildungseffektes bei Besuchern am Beispiel der Primaten im Tiergarten Wels (zwei Bachelorarbeiten des Biologie-Schulzentrums der Universität Salzburg). Der Bildungseffekt soll wiederholt evaluiert werden, wenn die neuen Artentafeln angebracht sind.
- Die Auswilderung unserer Nachzucht der Habichtskäuze wird im Rahmen des Wiederansiedlungsprojektes der Veterinärmedizinischen Universität Wien wissenschaftlich begleitet, dokumentiert und publiziert.
- Der Tiergarten unterstützt durch Spendengelder das Monitoring der Bartaffen in Indien und Analysen des europäischen Bartaffen-Zuchtbuches im Rahmen einer Dissertation.
- In den vergangenen Jahren wurde der praktische Teil mehrerer Bachelorarbeiten im Tiergarten Wels durchgeführt. Auch das Wiederansiedlungsprojekt der Europäischen Wildkatze im Bayrischen Wald, an dem sich der Tiergarten Wels mit seiner Nachzucht beteiligt hat, wurde wissenschaftlich begleitet.

Der Tiergarten Wels beteiligt sich am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung und Aufzucht in Menschenobhut durch folgende Aktivitäten:

- Wiederansiedlungsprojekte: Habichtskauz (laufend), Wildkatze (abgeschlossen), in Evaluierung: Blauracke. Monitoring des Flusskrebsbestandes in den Bachläufen des Tiergartens (Suche nach dem heimischen Edelkreb).
• Der Tiergarten Wels beteiligt sich mit 13 Arten am Europäischen Erhaltungszuchtprogramm (EEP) und mit zwei Arten an Europäischen Zuchtbüchern (ESB).
- Wir berichten auch an Fachtagungen über den Tiergarten Wels und seine Projekte. Gewisse Tiere, wie die Bartaffen oder die ehemals gehaltenen Kolkraben, waren Studientiere von Forschungsberichten in Fachzeitschriften.

An dieser Stelle möchte ich bei meiner Abteilung, bei Herrn DI. Haslmayr und bei Dr. Gajdon für diese umfassende Aufbereitung der Anfragebeantwortung bedanken.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr für die umfassende Beantwortung dieser Anfragen.

Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Lärmbelastung in der Stadt Wels“ bekanntgegeben.

GR. KR. Schönberger: Zur Aktuellen Stunde hat die SPÖ-Fraktion das Thema Lärmbelastung innerhalb der Stadt Wels eingebracht. Warum die Aktualität? Der Lärm war ja schon immer vorhanden, nur mit steigender Tendenz. Das schöne Wetter veranlasst die Menschen dazu sich doch mehr in der freien Natur, in Vorgärten, auf Spielplätzen aufzuhalten.

Sieht man sich die Lärmentwicklung in der Stadt Wels an wird man feststellen, dass diese über die Jahre hinweg gewachsen ist und dass die Stadt Wels keinen ordentlichen Lärmkataster hat um festzustellen, wo welcher Lärm wirklich entsteht. Sieht man sich die bestehenden Studien an – von der WHO beginnend – ist Lärm eines der größten Probleme, die die zivilisierte Menschheit momentan erfasst hat. Wir wissen aus langjährigen Studien ab 40 dB beginnt die Belastung für den menschlichen Körper. Ab 55 dB Dauerbelastung gibt es Herzrhythmusstörungen, Konzentrationsschwächen und logischerweise einen erhöhten Stresspegel u.v.m.

Jetzt kann man sagen, ja es ist eine Stadt, man weiß in einer solchen entsteht Lärm – das ist richtig. „Wels pulsiert“ – ja, aber nicht ganz geräuschlos. Diese Geräusche schlagen sich natürlich massiv nieder in dem, was wir alle zu ertragen haben, wenn wir in dieser Stadt wohnen.

Wels hat aufgrund seiner geographischen Lage als Verkehrsknotenpunkt innerhalb von Oberösterreich eine große Stellung. Es kommt nicht von ungefähr, dass ca. 60 – 70 % der störenden Lärmbelastungen österreichweit auf den Verkehrslärm zurückzuführen sind. Um das zu verdeutlichen habe ich mir erlaubt zumindest die bestehenden Quellen anzuzapfen. Das sind jene, die von den ÖBB ermittelt werden und von der ASFINAG für das höherrangige Straßennetz. Was sie hier sehen (GR. Schönberger zeigt ein großes Plakat) in leuchtendem Orange sind schon 55 dB. Das ist die Westbahnstrecke. Somit können sie feststellen, dass eigentlich der gesamte nördliche Bereich der Stadt Wels mit einer extrem hohen Lärmbelastung zu kämpfen hat. Wir reden hier bitte nur über den festgestellten Lärm der ASFINAG und der ÖBB. Dabei ist nicht der Lärm, der von den Gemeinde- und Landesstraßen ausgeht, weil dieser nicht in der Lärmmessung erfasst wurde. Wir haben hier den Betriebslärm und den doch zunehmenden Fluglärm, der speziell am Wochenende in Wels stattfindet, nicht erfasst. Es gibt diese Daten schlicht und ergreifend nicht in der Stadt Wels.

Wer, wenn nicht der Gemeinderat der Stadt Wels soll die Schutzmacht für die Welser sein, um gesund leben zu können, um gesund ihre Freizeit verbringen zu können? Wir Gemeinderäte haben die Aufgabe uns zumindest ordentliche Daten zu organisieren. Es ist nicht hilfreich, wenn Planstellen innerhalb des Magistrates gestrichen werden, die vor einigen Jahren genau solche Daten haben erfassen können und wir diese heute nicht mehr erfassen. Im Prinzip werden Gutachten von auswärts angefordert. Es ist eine relativ einfache Angelegenheit heute in der Stadt flächendeckend diesen Lärm zu messen.

Ich habe ein Schallpegelmessgerät mitgenommen von der Firma Trotec. Es kostet samt Software € 130,--. Dieses ist relativ einfach anzuschaffen. Man könnte mehrere Geräte

kaufen und Mitarbeiter einschulen, schon könnten in den verschiedenen Stadtteilen relativ fundierte Grundlagen erhoben werden, um einmal Richtwerte zu haben, wie sich denn die Lage in Wirklichkeit darstellt.

Es geht eigentlich um nichts mehr, als dass wir einmal den Willen dazu bekunden eine Lärmkarte von Wels anfertigen zu lassen, damit wir ein gut fundiertes Datenmaterial haben, um letztendlich einen Maßnahmenkatalog hierfür erarbeiten zu können. Ein paar Dinge für die man keine Spezialisten und auch kein großes Zahlenwerk braucht. Wenn keine Lärmschutzwände vorhanden sind, schützt einen das nicht vor Lärm. Wenn sie in der Laahen spazieren gehen werden sie feststellen, sie können mit 130 km/h von einer Autobahn auf die andere donnern – das machen die Autos auch. Die LKWs fahren dort 100 km/h.

Schauen sie sich ähnliche Situationen in anderen Städten an (Wien, Graz, Salzburg), werden sie feststellen, dort fährt der PKW nur mehr 80 km/h auf stadt-eigenen Autobahnen oder auf Autobahnen, die diese Städte durchqueren. Warum nicht in Wels? Warum sind uns das die Welser nicht wert, dass wir sie zumindest von diesem Straßenlärm befreien? Mit großer Gewissheit kann ich ihnen noch eines sagen, auch wenn wir auf E-Mobilität umstellen ist auf Österreichs Straßen die Lärmbelastung sehr hoch, denn sie kommt in erster Linie vom Abrollgeräusch der Reifen. D.h. Temporeduzierung ist Lärmvermeidung.

Auf das Thema Feinstaubbelastung möchte ich gar nicht eingehen, dieses geht einher mit dem Thema Geschwindigkeitsreduzierung. Ich denke es wäre zumindest ein erster Ansatz hier den Menschen Erleichterung zu bringen.

Was speziell den Verkehrslärm betrifft wäre eine vernünftige Überwachung der Fahrverbote für LKW's ab 3,5 to sinnvoll. Wenn Ziel- und Quellverkehr genehmigt ist, dann können nicht Scharen von LKW's die Oberfeldstraße entlang donnern ohne irgendwo eine Zustellfähigkeit zu haben. Hier sollte die Stadt einwirken und die Polizei auffordern doch verstärkter zu kontrollieren, um vielleicht ein bisschen Entlastung an den exponierten Straßen zu schaffen.

Ich glaube auch nicht, dass es für die Menschen entlang der Osttangente gut ist, wenn die Lärmschutzwände langsam ausrinnen und der Sand teilweise auf die Fahrbahn läuft. Darum brauchen wir einen vernünftigen Maßnahmenkatalog, ein Budget, in dem sich diese Maßnahmen auch wiederfinden, um unsere Welser, die im Übrigen schon an allen Ecken und Enden Bürgerinitiativen gründen um gegen diese Lärmbelastungen vorzugehen, in Zukunft zu schützen.

Eine Bitte an sie, Herr Bürgermeister, der bereits 2019 u.a. ankündigte aufgrund dieser neuen Grundlagen - speziell was den Lärmschutz entlang der Autobahnen betrifft - eine Grundlagenstudie folgen zu lassen, um sich der geänderten Situationen anzupassen und hier dringend tätig zu werden, damit wir Fakten schaffen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Danke Karl für deine Ausführungen. Ein paar Sachen fallen mir dazu natürlich schon ein. Es gibt eine Lärmkarte für Wels, es gibt Lärmkarten was den Flugverkehr betrifft, was den Autobahn- und Schnellstraßenverkehr betrifft, was die Industrieanlagen betrifft, was die Landstraßen betrifft, was den Schienenverkehr betrifft.

Damit sind die Lärmquellen abgedeckt. Das alles kann man abrufen für seinen Wohnsitz auf www.laerminfo.at. Übrigens werden Lärmmessungen heute nicht mehr mit den von dir gezeigten Geräten durchgeführt, sondern mit Rechenmodellen. D.h., wenn ich jetzt fünf Mitarbeiter beschäftige, die mit einem derartigen Gerät herumgehen, habe ich noch immer keine Lärmkarte. Dafür gibt es eigene Rechenmodelle. Ich dachte du weißt das.

Wenn du voller Panikmache – ich kann es nur dem Wahlkampf zuschreiben solche Zahlen zu verbreiten – mit 55 dB haussieren gehst und eine rote Karte von Wels beschreibst, muss man sagen 55 dB ist ein leises Gespräch. In einer Wohnung, im Innenbereich sind 55 dB nur dann, wenn niemand laut redet. Ein mittleres Gespräch hat 65 dB. Man sollte schon bei dem bleiben was wirklich relevant ist. Ein leises Gespräch schon als Lärmbelästigung zu bezeichnen, die gesundheitsbedrohlich ist, halte ich für etwas übertrieben. Beschäftigen wir uns doch mit den Themen, die wirklich mit Lärmbelästigungen zu tun haben. Da geht es wohl um den Autobahnlärm in Oberthan, in der Noitzmühle, in anderen Bereichen der Neustadt, aber wohl nicht um die Bereiche mit einer Lärmbelastung von 55 dB (ein leises Gespräch). Also das grenzt schon ein bisschen an Panikmache.

In diesem Zusammenhang muss ich sagen, dass die Mitarbeiterzahl in jener Dienststelle, die sich mit dem Thema beschäftigt (Lärmkarten, GIS), verdoppelt wurde. Auch diese Information ist falsch, die du hier verbreitest.

Reden wir aber über konkrete Dinge. Reden wir darüber was Peter Lehner und ich in diesem Bereich taten. Es geht hier nicht um Lärmmessungen - mit einer Lärmmessung wurde noch keinem einzigen Einwohner geholfen - sondern es geht um konkrete Maßnahmen, über die wir sprachen. Wir setzten uns mit der ASFINAG zusammen, wir sagten wir wollen konkrete Maßnahmen, wie wir das Lärmproblem in den Griff bekommen können. Es gab mehrere Gespräche mit der ASFINAG. Es gab auch Lärmmessungen, bei denen genau festgestellt wurde, wo der Lärm wirklich „gesundheitsgefährdend“ ist (nicht mit 55 dB). Es wurde ganz genau festgestellt welche Maßnahmen es braucht.

Da braucht es erstens eine Erneuerung der Lärmschutzwand in gewissen Bereichen. Von der ASFINAG wurden diese Bereiche konkret dargestellt und uns in einem gewissen Autobahnabschnitt ein Flüsterasphalt zugesagt. Dieser wurde zwischenzeitig teilweise aufgetragen. Das hatte eine Lärmreduktion von 2 dB zur Folge. Wir sind in konkrete Gespräche getreten, wie wir mit der ASFINAG gemeinsam Lärmschutzmaßnahmen im Autobahnbereich machen können. Diese konkreten Gespräche sind zu verhandeln, man braucht mit der ASFINAG eine Vereinbarung. Nur wenn es diese Vereinbarung gibt, wird es in der Folge die Umsetzung von Projekten geben. Die ASFINAG plant eine Erneuerung der Lärmschutzwände im Jahr 2028. Auch wenn die Stadt Wels es möchte wird es keine schnellere Sanierung dieser Lärmschutzwände geben.

Allerdings wenn wir keine Vereinbarung treffen, werden nur die Lärmschutzwände saniert aber nicht ausgebaut. Gerade deswegen haben wir in unserem Budget jedes Jahr 158.000 Euro enthalten für Lärmschutzmaßnahmen, die wir im Bereich der Autobahn konkret umsetzen wollen. Deswegen auch die Gespräche mit der ASFINAG, die hoffentlich in einer Vereinbarung münden.

Darüber hinaus nahmen wir mit dem Landesrat Günter Steinkellner Kontakt auf, was die Lärmschutzwände an der Osttangente betrifft. Da wird es aus unserer Sicht erfreuliche Mitteilungen geben. D.h., dass was wir tun ist nicht über eine Lärmschutzkarte zu

diskutieren, die keinen weiterhilft. Wir diskutieren über konkrete Maßnahmen, die dem Bürger konkret weiterhelfen. Deswegen seid ihr aus meiner Sicht etwas hinten nach, wenn ihr dieses Thema tatsächlich zum Thema machen wollt.

Also reden wir doch lieber darüber wie wir dem Bürger mit konkreten Maßnahmen helfen können und nicht über Lärmschutzkarten mit Lärmschutzgeräten, die keiner mehr braucht, weil solche Lärmschutzkarten gar nicht mehr erstellt werden. Bleiben wir doch realistisch und reden wir mit den Bürgern, die vor Ort die Probleme haben und nicht über Geräte, die wir von Welser Firmen kaufen können und fünf Leute damit herumlaufen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. MMag. Rumersdorfer: Wir als GRÜNE-Fraktion haben schon lange das Thema Lärmschutz, um das wir uns speziell kümmern. Kollege Mag. Sönser trug es federführend. Auch die Gespräche mit der ASFINAG waren ihm wichtig.

Wenn der Herr Bürgermeister schon über konkrete Ideen spricht, müssen wir uns überlegen was wir tun können. Unser Zugang wäre der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, den Radverkehr so attraktiv zu machen, dass möglichst viele Leute auf das Fahrrad umsteigen. Natürlich wäre auch eine Temporeduzierung wünschenswert, aber das ist ja nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir müssen schauen die Bevölkerung von den Autos zu den Fahrrädern zu bringen und den LKW-Verkehr auf die Schiene. Das wäre ein Zugang, welcher der Umwelt, den Menschen, der Gesundheit guttut. Es sollen konkrete Maßnahmen sein, die man auch umsetzen kann.

Die SPÖ-Fraktion hat ja jetzt einen neuen Referenten im Verkehrsressort, der dieses Thema weiter angehen kann, nicht nur das Budget für die Lärmschutzwände bereitzustellen, sondern einfach die Radwege ordentlich auszubauen, attraktiv zu machen und für einen durchgängigen Radweg von Osten in den Westen, von Norden in den Süden der Stadt zu sorgen. Das wäre schon einmal ein Anfang.

Es gibt auch noch eine andere Art von Lärm, und zwar dürfte der Lärm in den Siedlungen ein Problem sein. Es wurde gerade ein Basketballkorb abgebaut. Vielleicht, liebe Silvia, könntest du mir darüber etwas sagen wie man in solchen Dingen weiter vorgeht. Wir verstehen natürlich, dass in Siedlungen Brennpunkte vorhanden sind. Aber gerade in der jetzigen Zeit ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche sich an der frischen Luft bewegen und nicht in irgendwelchen Kellern versumpfen. Auf Zuruf Basketballkörbe abbauen - finde ich - ist nicht der richtige Weg.

GR. Weidinger: Eine Lärmkarte gibt es bereits, das ist richtig. Anfang 2000 interessierte ich mich für Grundstücke in der Stadt Wels und konnte mich sehr gut über Lärmimmissionen informieren.

Auf die Lärmbelastung durch die LKW im Ziel- und Quellverkehr und sich bereits gebildete Bürgerinitiativen möchte ich eingehen. Niemand in diesem Saal beschäftigt sich mehr mit Bürgerinitiativen als ich. Täglich bekomme ich Beschwerden auf meinen Schreibtisch. Deutlich muss ich hervorheben, wir Politiker versprechen immer jeden alles. Wenn eine Siedlung erschlossen wird, werden Zufahrtstraßen, diversen Spielplätze versprochen. Im Gegensatz dazu kommen aber Ansinnen für mehr Ruhe, keine Durchfahrtsmöglichkeiten – selbstverständlich versprechen wir alles, selbstverständlich machen wir ein Fahrverbot

für LKW, selbstverständlich dürfen nur die Anrainer zufahren. Ganz ehrlich, das ist wirklich nicht in Ordnung was wir hier tun. Wir spielen immer den Ball weiter. Nun bekomme ich hunderte Beschwerden zu verschiedenen Verkehrssituationen. Da heißt es immer nur die Politik sagte die Polizei ist zuständig. Ich verwehre mich dagegen. Die Polizei hat hier einen „Bärendienst“ zugespielt bekommen von der Welser Politik, weil es immer heißt die Polizei muss halt dort stehen.

Karl, die Wortmeldung von dir finde ich wirklich nicht in Ordnung, wenn du behauptest, dann muss halt die Polizei den Druck der Politik spüren und sich irgendwo hinstellen und vermehrt kontrollieren. Ja, was glaubst du machen wir den ganzen Tag? Wir sind für die Bürger in Wels zuständig, damit dies alles halbwegs geordnet abläuft. Ganz ehrlich, wir sind nicht dafür da alle Versprechen der Politik umzusetzen. Wir müssen schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Wir haben nicht nur die Verkehrsüberwachung, sondern auch die Kriminalitätsbekämpfung zu machen. Was hier so salopp gesagt wird, na dann rufen wir die Polizei und die „springen“ schon, wird sich sicher nicht ausgehen.

Eines kann ich versprechen, die Unterlagen habe ich hier liegen, die Polizei macht auf diesem Sektor sehr viel. Ich verwehre mich gegen die Aussage „da rufen wir die Polizei an, die soll vermehrt kontrollieren“. Wir müssen aufpassen was wir den Leuten versprechen. Vor einer Wahl versprechen wir immer alles gerne. Es ist selbstverständlich dort Lärmschutzwände zu errichten, selbstverständlich fährt in diese Siedlung außer den Anrainern niemand rein. Das geht aber nicht!

Sehr geehrte Kollegen, wir müssen uns schon ein wenig an der Nase nehmen und nur Sachen versprechen, die wir auch einhalten können. Wenn wir uns dessen bewusst sind, müssen wir das auch einhalten. Die Realität ist das von GR. Schönberger Gesagte nicht.

GR. Ganzert: Es war gut vom Kollegen Schönberger diese Aktuelle Stunde einzubringen, weil so viel darüber diskutiert wird. Jetzt kann über die Lärmschutzkarte viel gesagt werden. Karl Schönberger meinte selbst, die Karte ist dafür da zu handeln. Sie soll sagen wir brauchen Maßnahmen für eine Änderung.

Frau MMag. Rumersdorfer bin ich dankbar, sie überlegte als Erste irgendwelche Maßnahmen, was kann man ändern, was kann man anders machen. Laut Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters ist es also nicht störend, wenn ich den ganzen Tag über ein Gespräch vor meiner Haustüre habe. Das klingt ja so schön zu sagen, es ist ja nur ein Gespräch. Aber wenn ich Tag und Nacht diesen Dauerlärm habe, ist es anders als wenn ich sage es ist ja nur ein leises Gespräch.

Ich würde mir von uns wünschen sich nicht nur selbst auf die Schulter zu klopfen und zu sagen die ASFINAG macht etwas, wir steuern eh etwas bei, sondern auch selbst Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Wortmeldung des Kollegen Weidinger verstand ich jetzt so als Aufruf für mehr Personal für die Polizei. Ich finde es richtig zu sagen es gibt ein offenkundiges Problem, es gibt ein LKW-Fahrverbot, nur Ziel- und Quellverkehr, scheinbar ist uns allen die Nichteinhaltung bewusst. Wirklich schade, dass die Polizei mit den Personaleinheiten sehr zu kämpfen hat damit alle Aufgaben gemacht werden können. Aber anstatt weiterzudenken und zu überlegen, was kann man sich dafür einfallen lassen, habe ich so das Gefühl man ist doch sehr zufrieden mit dem Status quo.

Frau MMag. Rumersdorfer hat natürlich auch recht, wenn es um das Thema Lärm in den einzelnen Siedlungen geht. Doch Karl Schönberger meinte vor allem den Verkehrslärm. Es ist ein extrem sensibles Thema. Weil uns eine Wahl ins Haus steht: Bei jedem Hausbesuch merkt man, dass die Leute auf Lärm stark reagieren, ob das jetzt der Lärm von der Straße ist oder der Fluglärm. Auch der Lärm auf Spielplätzen beschäftigte uns schon im Gemeinderat. Erinnern kann ich mich an Lärmschutzwände für einen Kindergarten. Zum konkret angesprochen Fall ist das ein Beispiel wo ich glaube, es ist dem Wahlkampf geschuldet. Es gibt die Möglichkeit Dinge normal zu erfragen, in Dialog zu treten und nicht einzelne Mitglieder des Stadtsenates anzusprechen und an den Pranger zu stellen.

Es wird dort eine Lösung geben. Es wird neben dem Jugendtreff, wo der Funcourt bereits besteht, ein Streetballcourt entstehen. Dort wird auch wieder ein Basketballkorb aufgestellt. Mit diesen Lösungen, die wir suchen, müssten wir uns auch - so wie es sich aus meiner Sicht Karl Schönberger verdient hätte - dafür einsetzen Maßnahmen zu erarbeiten als Stadt, die wir selber können – nämlich wo können wir über das Ziel hinausschießen. Ich hoffe, das wird heute mit dieser Aktuellen Stunde angeregt.

StR. Mag. Schinninger: Vieles ist emotional – Lärm ist subjektiv, Lärm ist emotional, aber Lärm ist auch ganz objektiv darstellbar. Ob Lärm jetzt darstellbar ist mit 55/60 dB oder höher, dann spiegeln wir das wider retour auf die subjektive Seite. Wenn ich höre im Jahr 2028 hat die ASFINAG vor die Lärmschutzwände entlang der Autobahn zu sanieren, dann mag das fürs Erste schon stimmen. Aber wie argumentierst du, Herr Bürgermeister, wie argumentieren wir es den Bürgern in der Pachnerstraße, in Laahen, in Niederthan, in Puchberg usw. oder in der Hart unten.

Jetzt ist das Jahr 2021. Diese Bürger können sich nicht in den Garten setzen, weil sie nicht einmal ihr eigenes Wort verstehen. Dort ist man weit über 55/60 oder 70 dB. Die letzten Wochen wurde ich mehrfach von Bürgerinitiativen kontaktiert, die genau das Problem des Lärms und des Lärmschutzes haben. Ich werde diesen sagen, ja überhaupt kein Thema, 2028 werden Lärmschutzwände gebaut, halten sie noch sieben Jahre durch Herr X oder Frau Y. Das wird schon, in irgendeiner Form wird das schon!

Aber es geht tatsächlich um wirkliche Lösungsvorschläge. Wir müssen uns tatsächlich überlegen was wir mit dem öffentlichen Verkehr tun, wie bringen wir den LKW-Verkehr auf die Schiene. Wir reden von 1 oder 2 km Flüsterasphalt auf der Autobahn, aber die Welser Autobahn hat mehr als nur ein paar wenige Kilometer. Wir reden von Lärmschutzwänden, die saniert oder erneuert werden müssen. Aber nicht von den normalen Standardlärmschutzwänden. Es gibt absolut fast perfekte Lärmschutzwände, die tatsächlich den Lärm sehr stark für die Betroffenen minimieren. Daher erneuern wir unsere Forderung nach einer 80 km/h-Geschwindigkeitsobergrenze entlang der Stadtautobahn. Es ist zwar so, dass man vom Westen in den Osten mit 100 km/ fahren darf, aber vom Osten in den Westen kann mit 130 km/ gefahren werden. Wir wissen alle, bei den 130 km/h bleibt es nicht.

Die Polizisten sind die Armen am Ende der Kette, Andreas Weidinger – da bin ich ganz bei dir. Polizisten müssen nur das vollziehen, was die Politik beschließt und sie dürfen den ganzen Groll der Bürger schlucken.

Ich lade „beide Andreas“ ein einmal zu mir nach Hause zu kommen, essen wir etwas Nettes auf der Terrasse und je später der Abend, desto höher der Lärm. Ich würde euch beide auch in mein Schlafzimmer einladen, um sich zwischen 00.00 Uhr und 04.00 Uhr nachts den Lärm anzuhören, den wir von den Rennstrecken Voralpenstraße und Osttangente hören. Das ist nicht mehr lustig. Ich möchte mir nicht vorstellen müssen, dass eine meiner beiden Töchter mit ihrer Memory (45 km/h schnell) auf der Osttangente fährt und von einem Schnellfahrer niedergefahren wird. Das müssen wir auch immer bedenken - es geht um Sicherheit, es geht auch um die Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen.

Vzbgm. Kroiß: Auf die Wortmeldung vom Kollegen Weidinger möchte ich zurückkommen, in der er sagt, dass die Politik sozusagen einen „Bärendienst“ erweist, wenn hier LKW-Fahrverbote erlassen oder sonstige Maßnahmen von der Politik gefordert werden und gerade in Zeiten des Wahlkampfes Bürgern alles versprochen wird. Andreas, du warst selbst dabei als die Bürgerinitiative Wimpassing sehr aktiv war. Es war durchaus berechtigt damals ein LKW-Fahrverbot im Wohngebiet zu erlassen. Gerade diese Eröffnung der Autobahnabfahrt ermöglichte die Erlassung des LKW-Fahrverbotes in diesem Bereich. Das war Thema im Gemeinderat, in den verschiedensten Ausschüssen und letztendlich wurde es im Verkehrsausschuss so beschlossen – auch mit Zustimmung der ÖVP. Wir sagten ja, wir möchten den Schwerverkehr aus den Wohngebieten bringen. Das ermöglichte diese Abfahrt. Natürlich musste verstärkt das LKW-Fahrverbot durch die Polizei kontrolliert werden. 24 Stunden täglich ist dies aber nicht möglich.

Es ist hier nicht ein Bärendienst, den die Politik erweist, wenn sie Maßnahmen umsetzt (Fahrverbot und vor allem auch Geschwindigkeitsbeschränkungen), sondern es ist einfach eine Möglichkeit etwas für die Bevölkerung zu tun.

Das Thema 80 km/h auf der Autobahn wurde bereits einmal im Gemeinderat besprochen. Es gab eine Anfrage an das Verkehrsministerium, die jedoch diese Beschränkung ablehnte.

StR. Lehner: In meiner Funktion als Wirtschaftsreferent eine kurze Wortmeldung. Andreas Weidinger meinte durch den Wirtschaftsstandort haben wir auch einen LKW-Verkehr in und durch unsere Stadt. Gelungen ist uns mit dieser Autobahnabfahrt einen möglichst kurzen Weg vom hochrangigen Verkehrsweg zu den Betrieben zu haben. Das ist entscheidend. Den Verkehr überhaupt weg zu bekommen ist uns natürlich nicht möglich, denn das würde heißen, wir müssten viele Betriebe und damit die Mitarbeiter dieser Betriebe daran hindern beispielsweise im Schichtbetrieb zu arbeiten, überhaupt in dieser Stadt zu arbeiten. Unsere Aufgabe ist es Arbeitsplätze in der Stadt zu sichern. Dazu braucht es auch LKW-Verkehr, die Verbindung vom hochrangigen Verkehrsnetz zu den Betrieben. Das soll möglichst schonend für die Bevölkerung sein. Dazu bekennen wir uns alle im Gemeinderat.

Wir wünschen uns möglichst moderne LKW's, denn die Lärmquellen sind dann vorhanden, wenn alte LKW's mit schlechten Reifen gefahren werden. Das merkt man beim Vorbeifahren, vor allem der neue Verkehrsreferent auch in seinem Schlafzimmer. Das ist unser Thema. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten damit ein technologischer Fortschritt auch in diesem Bereich umgesetzt wird.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Wortmeldungen und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Zwei Dinge noch zur Klarstellung: Erstens haben wir eine Anfrage aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses an das Klimaschutzministerium gestellt. Frau Bundesministerin Gewessler, BA lehnte diese 100 km/h-Beschränkung auf den Welser Autobahnen ab. Den Brief habe ich natürlich auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, nämlich jenen Bürgerinitiativen, die sich an mich wandten wegen einer derartigen Geschwindigkeitsbeschränkung. Es war also nicht wie Kollege Reindl-Schwaighofer meinte, der Verkehrsminister Dr. Hofer, sondern die GRÜNE-Verkehrsministerin Gewessler, BA. In diesem Zusammenhang sei das richtiggestellt.

Zweitens, der Lärm von dem wir reden ist wirklich dramatisch. Der auch die Bewohner in großen Bereichen stört und behindert ist der Lärm von den Autobahnen und der Zuglärm der ÖBB. In beiden Bereichen brauchen wir die jeweilige Zustimmung des Betreibers, der ASFINAG oder der ÖBB, um dort Lärmschutzmaßnahmen tatsächlich zu errichten. Selbst wenn die Stadt Wels Millionen Euro hätte, heißt das noch nicht, dass wir das auch tun dürfen, weil es hier derartige Beschränkungen gibt. Weshalb immer ein Gespräch mit diesen Betreibern erforderlich ist, weil wir auf deren Grund Maßnahmen ergreifen müssen. Im Übrigen sind aufgrund der Kosten der Lärmschutzwände auch die finanziellen Mittel der Stadt Wels in diesem Ausmaß (wir reden hier über zweistellige Millionenbeträge) gar nicht vorhanden, weshalb wir auch aus diesem Grund das Einvernehmen mit diesen großen Verkehrsunternehmen herstellen müssen. Ich hoffe, dass die Grenzwerte entsprechend streng sein werden auch in Zukunft, damit diese Betreiber Maßnahmen ergreifen müssen.

Völlig richtig Karl, die Anlagen sind schon etwas älter. Allerdings haben Berechnungen ergeben, dass das Alter der Anlagen offensichtlich nicht die große Bedeutung hat für den tatsächlichen Lärmschutz. Aus meiner Sicht war auch ein Fehler die Seitenbereiche abzuholzen. Auch wenn mir gesagt wurde, dass das technisch keine allzu große Rolle spielt, ist es zumindest für die Wahrnehmbarkeit ein deutlicher Unterschied, ob die Autobahn umgeben ist von Büschen und Bäumen oder ob man direkt einen Blick auf die Autobahn hat. Ob sich das lärmtechnisch auswirkt oder nicht, kann meinerseits zu wenig beurteilt werden. Jedenfalls ist es ein Thema dem sich die Politik widmen muss, aber es wird wohl nur Hand in Hand mit den zuständigen Verkehrsunternehmen gehen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Parkbetreuung mit sozialpädagogischem Schwerpunkt
für die Nutzer der Grünanlagen und Parks der Stadt Wels
Verf-015-I-11-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abstimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Pilotprojekt für freiwillige Testungen in Kinderbildungs-
einrichtungen
Verf-015-I-12-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abstimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Die beiden Dringlichkeitsanträge werden wie immer am Ende der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Gebührenbefreiung für den Betreuungsteil in ganztägig
geführten öffentlichen Volks- und Mittelschulen in Wels
Verf-015-I-9-2021

StR. Reindl-Schwaighofer: Bei diesem vordringlichen Initiativantrag der SPÖ-Fraktion beschäftigen wir uns heute mit einem Thema, welches von mir schon öfters vorgebracht und thematisiert wurde. Wir sind der Überzeugung Bildungsthemen und Bereiche der Bildung, die von der Stadt Wels bewerkstelligt werden können, brauchen einen wichtigen Stellenwert in unserem Dialog, weil es sich um eine wesentliche Zukunftsfrage auch für den Standort Wels und für die Welser Bevölkerung handelt.

Corona ist für uns alle derzeit ein wichtiges Thema. Wie immer wir diese Dinge sehen, sie persönlich einschätzen wollen, der Schulloekdown führte dazu, dass es im Schulbereich, egal ob bei der Maturavorbereitung, Volksschüler oder Kinder und Jugendliche in den Neuen Mittelschulen, einen großen Anteil von schwer belasteten Kindern gibt. Belastet von der Situation zu Hause zu sein, ihre Schulkollegen nicht zu treffen, keine Chance auf direkte Arbeit mit den Lehrern zu haben.

Sie wissen was ich meine. Es gibt einen sehr alarmierenden Bericht des Verbandes der Psychologen und Physiotherapeuten, die davon ausgehen, dass bis zu 30 % der Kinder verschiedener Altersgruppen schwer belastet sind von den Auswirkungen des Lockdowns. Was können wir dazu beitragen um in diesem Bereich Verbesserungen einzuleiten? Laut Ankündigungen werden die Schulen in einigen Wochen wieder aufsperrt und der Präsenzunterricht hoffentlich wieder lückenlos stattfinden. Für die Eltern ist es oft eine wichtige Erkenntnis drauf zu kommen, dass die Kinder gerne in die Schule gehen, weil sie den Wert der Schule erkannt haben.

Was können wir als Stadt, was können Kommunen in Österreich dazu beitragen? Wie können wir Kindern aus Haushalten mit knappen Ressourcen, ohne Super-Internetanschluss, aus Haushalten mit einem Computer für die gesamte Familie helfen, damit sie eventuell versäumtes Terrain dieses letzten Jahres auch aufholen können?

Wir führen diese Diskussion zum Thema Ganztageschulen in Wels sehr intensiv und haben in manchen Bereichen einen Lückenschluss zusammengebracht. Ab dem kommenden Schuljahr werden wir in jedem Stadtteil eine Neue Mittelschule haben, die eine Ganztageschule anbietet. Das ist möglich, weil wir einerseits eine gute Kooperation in der Mittelschule Perna haben, wo die Sport- und Stadtteilmittelschulen gemeinsam ein GTS-Projekt auf die Beine stellen. Wir werden dort eine Stadtteilschule haben, die GTS-Angebote umsetzen wird.

Ich bin sehr stolz darauf, es wird uns gelingen in der Neustadt im Sommer fertig umzubauen, damit wir im neuen Schuljahr die Ganztagesbetreuung umsetzen können. Leider gibt es Stadtteile mit Volksschulen, in denen es immer noch kein Angebot gibt. In der Neustadt gibt es eine denkmalgeschützte Schule, die nicht umgebaut werden darf. In Lichtenegg haben wir für die VS 10 und VS 11 kein Angebot. Aber es freut mich mitteilen zu können, dass in der VS 8 und VS 9 Vogelweide nach einigen Jahren Diskussionen für das kommende Schuljahr eine Ganztagesbetreuung angeboten werden kann. Das wurde durch die Kooperation mit der MNS Vogelweide und mit Raumdoppelnutzungen möglich. Das heißt, wir haben auch in den Volksschulen einen guten Fortschritt in diesem Bereich machen können.

Ich möchte mich bei allen Schuldirektoren bedanken, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind und ein Angebot legen für die Eltern, die eine ganztägige Betreuung suchen. Was mussten wir feststellen, als wir in der VS Vogelweide und der MS Neustadt die Eltern über dieses Angebot informierten? Wir hatten 100 bis 120 Anmeldungen. Die Rückmeldungen waren sehr positiv. Die Eltern meinten mit diesem Angebot sei es leichter Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Angemeldet haben sich nach Auseinandersetzung mit der Tarifordnung ungefähr ein Drittel der Kinder.

Es gibt also ein ganz großes Interesse. Aber es gibt auch für viele Familien eine Hürde, es ist finanziell oft nicht möglich. Das wurde mit den Schuldirektoren ausführlich diskutiert, die meinen dies sei ein wesentlicher Punkt warum Eltern ihre Kinder nicht für die Ganztagesbetreuung anmelden - manche Eltern können sich diese zusätzlichen Kosten einfach nicht leisten. Ich will damit deutlich machen, um was es uns als SPÖ-Fraktion und mir als Bildungsreferent der Stadt Wels geht. Es geht darum unsere Kinder zukunftsfit zu machen und den Familien ein Angebot in den Schulen zu geben, damit ihnen die

Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung gegeben wird und es nicht darauf ankommt aus welchem Haushalt sie kommen.

Ich vermute die eine oder der andere von ihnen interessiert sich dafür. Wer möchte könnte sich das Ganztagesangebot des Freistaates Bayern ansehen. Dieser von der CDU geführte Freistaat Bayern setzt ganz klar auf Ganztagesangebote, so wie wir es in Wels wollen. Auch sie sagen es muss gebührenfrei sein, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu gewährleisten. Darüber gibt es einen ca. acht Minuten dauernden Film. Wer sich dafür interessiert kann sich diesen natürlich ansehen.

In unserem Antrag geht es darum auch in Wels ein beitragsfreies Ganztagesangebot zu schaffen, um das eben Ausgeführte zu gewährleisten. Es soll für alle Kinder die Möglichkeit geben in eine Ganztageschule zu gehen. Das Essen, welches Teil des Ganztagesangebotes ist, wird von den Familien bezahlt. Aber die jetzt zu bezahlenden Beiträge sollen auf null gestellt werden, um allen Kindern eine gute Chance zu geben.

Bei der öffentlichen Diskussion letzte Woche kam von der FPÖ-Fraktion der Aufschrei, es sei sozial vollkommen daneben, wenn allen - auch Eltern mit sehr hohem Einkommen - die Gebühren erlassen werden. In der Sozialpolitik gibt es eine wesentliche Grundlage und diese Grundlage spiegelt sich in vielen Bereichen wider, die wir alle kennen. Wer kennt den Welser Aktivpass? Haben sie schon einmal gehört, dass bei der Ausstellung und Abholung nach der Höhe der Pension gefragt wird? Nein! Wir sind der Meinung alle sollen die gleiche Möglichkeit bekommen diesen Aktivpass in Anspruch zu nehmen.

Vor einigen Jahren führten wir gemeinsam den gebührenfreien Kindergarten ein und sagten die Gebührenfreiheit müsse für alle sein. Sie kennen die Diskussion zum Thema Familienbonus. Dieser Bonus wurde von LHStv. Dr. Haimbuchner allen Familien ausbezahlt, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten geben. Hier bekommt jede Familie einkommensunabhängig 900 Euro im Jahr ausbezahlt. Wenn wir auf der Suche nach nicht Ziel gerichteter Förderungen sind, dann könnten wir diese andiskutieren und nicht jene, wo Familien diese Unterstützung benötigen, um ihren Kindern eine Chance zu geben. Soziale Treffsicherheit wäre eine gute Möglichkeit für eine umfangreiche Diskussion.

Abschließend möchte ich John F. Kennedy zitieren: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung - keine Bildung!“. Ich denke, das trifft es irrsinnig gut, weil es um die Zukunft unserer Kinder geht. Alle Kinder, die den Anschluss im Bildungssystem nicht schaffen, werden wir eventuell in den Jahren später im Sozialsystem wiederfinden. Ich ersuche sie um gemeinsamen Beschluss, um eine neue Ära für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt einzuleiten.

GR. Mag. Schindler: Wir diskutieren jetzt das Thema Gebührenfreiheit in der Ganztageschule. Es gibt ein Problem an den Welser Volksschulen. Dort besteht ein sehr hoher Förderbedarf. Wir wissen es gibt in Wels Probleme mit Schulabbrechern. Die aktuelle Corona-Krise verschärft diese Punkte noch mehr. Es gibt aber Lösungen in diesem Bereich - eine Lösung ist die Ganztageschule. Überlegen wir uns: Die Schule ist vormittags kostenlos - Bildung ist kostenlos, dann wird zu Mittag gegessen und nachmittags kostet die Bildung etwas. Warum?

Wenn sie die soziale Treffsicherheit ansprechen, sich Familien laut vorhandenen Zahlen konkret für die Ganztageschule anmelden und ein Sechstel der Anmeldungen während

eines Jahres wieder wegfällt, dann sind mehrheitlich die Gebühren die Gründe. Bei einer Staffelung der Gebühren stellt sich mir die Frage, ob diese treffsicher ist, wenn sich ein Sechstel über das ganze Jahr verteilt abmeldet? Es sind genau Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen, die sich die Gebühren für eine Ganztagesesschule nicht leisten können.

Wir haben jetzt in Wels die tolle Lage, dass es zum Ausbau der Ganztagesesschule kommt und wir viele soziale Probleme entschärfen können indem wir schauen die Kinder in die Ganztagesesschule zu bringen. Es darf jetzt nicht Thema sein über eine Gebührenbefreiung zu diskutieren oder nicht. Die einzige klare Antwort kann nur eine Gebührenfreiheit für die Ganztagesesschule sein, denn alles andere trifft alle Steuerzahler. Alle Welser zahlen für Schulabbrecher, die sich kein weiteres wirtschaftliches Fortkommen mehr leisten können, weil sie es in der Schule eben nicht geschafft haben.

Deshalb ist es heute die Chance einen Weg in die richtige Richtung einzuschlagen und die Welser Familien und deren Kinder zu unterstützen. Für diese ist es jetzt vielleicht nur ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein, für uns alle bringt es aber ein Vorwärtskommen. Deshalb bitte ich sie um Zustimmung zum Antrag unseres Bildungsstadtrates.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Der Ausbau der wohlgerneht freiwilligen Nachmittagsbetreuung bzw. Ganztagesesschule war der FPÖ-Fraktion auch schon immer ein großes Anliegen. Es kommen wieder ein paar „hard facts“ von mir, aber ich versichere ihnen, ich habe sehr sorgfältig recherchiert. Derzeit haben 70 % der Kindergartenkinder Sprachförderbedarf und 80 % der Volksschüler haben hohen Sprachförderbedarf. Ich freue mich besonders, dass nun alle Fraktionen auf die langjährige Forderung von uns aufspringen und dieses Erfolgskonzept der Ganztagesesschule mittragen.

Beim vorliegenden Antrag der SPÖ-Fraktion geht es um eine komplette Gebührenbefreiung der ganztägig geführten öffentlichen Volks- und Mittelschulen. Auf den ersten Blick klingt das sehr sozial, aber dieser Antrag muss auf Sinnhaftigkeit hinterfragt werden. Gebühren sind grundsätzlich Geldleistungen, die als Entgelt für unmittelbar in Anspruch genommener Dienste eingehoben werden. Eine gänzliche Gebührenbefreiung würde dazu führen, dass nicht nur Familien mit geringem Einkommen, sondern auch Familien mit sehr hohem Einkommen davon profitieren und gänzlich befreit werden. Damit würde niemand mehr einen Beitrag zu dieser wichtigen kommunalen Dienstleistung leisten, auch nicht von jenen Familien, die es sich finanziell leisten könnten.

Die Stadt würde zwar weiterhin diese Dienstleistungen erbringen, doch niemand würde dafür bezahlen. Dieser Einnahmefall müsste dann weitschichtig über Steuergeld finanziert werden und das zu Lasten der gesamten Bevölkerung. Aus diesem Grund können wir dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen. Das auch im Hinblick darauf, dass diese jetzt gültige Gebührenordnung im Jahre 2008 von der SPÖ-Fraktion aus diesem guten Grund eingeführt wurde. Deswegen können wir diesen Antrag nur als Wahlkampfschmäh titulieren.

Wir müssen der SPÖ Recht geben, die derzeitige Staffelung spiegelt nicht die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Welser Familien wider, daher sollte diese überarbeitet und im zuständigen Ausschuss weiterdiskutiert werden.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke Johnny für deinen Antrag. Wir sind natürlich auch für eine Gebührenbefreiung in Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen jeglicher Art. Steht das dann aber nicht in Konkurrenz zu den Horten? Du sagtest, die Horte bleiben trotz Ausbau der Ganztageschulen bestehen und sollen nicht durch diese ersetzt werden. Wenn die Ganztageschulen jetzt gebührenfrei werden sollen, wie sieht es dann mit den Horten aus? Steht das dann nicht in Konkurrenz? Wir wissen ja um die Sinnhaftigkeit und die Vorteile der Horte Bescheid.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Hufnagl: Die NEOS, die GRÜNEN und die SPÖ-Fraktion sind sich einig: Jedes Kind in Österreich soll Zugang zu einer ganztägigen Schulform und Betreuungseinrichtung haben. Meine heutige Wortmeldung richtet sich eher in die Richtung dieses vorliegenden Antrages. Darin fehlen mir einige wichtige Dinge, wie Informationen über die auf uns zukommenden Kosten, um überhaupt zu wissen über was wir heute abstimmen.

Außerdem fehlt mir darin das Thema Qualität. Es soll der Nachmittag nicht eine Aufbewahrung der Kinder sein, sondern sie sollen dort etwas lernen, betreut werden bzw. die Hausübungen erledigen usw. Nach meiner Hochrechnung werden ca. 700 Kindern in der Nachmittagsbetreuung sein.

StR. Reindl-Schwaighofer: 666 Kinder!

GR. Hufnagl: Ich war großzügig und habe aufgerundet auf 700 und Platz für über 900. Das soll jetzt sogar noch mehr werden - das ist positiv. Die Beiträge dafür sind gestaffelt bis 101 Euro, das ergibt bei durchschnittlich 75 Euro/pro Kind knapp unter 50.000 Euro pro Monat. Derzeit bieten das 8 Schulen an, das sind ca. 6.000 Euro pro Schule bzw. ca. 87 Schüler, die pro Schule betreut werden.

Da stelle ich mir die Frage nach der Qualität. Können mit diesem Betrag 87 Schüler ordentlich betreut werden? Ich denke, das geht sich wahrscheinlich nicht aus. Dieser Betreuungsschlüssel ist einfach zu niedrig. Was kostet das Ganze bzw. was können wir noch tun, um die Qualität zu erhöhen? Erst wenn die ganzen Faktoren und Informationen am Tisch liegen, sollten wir eine Entscheidung beschließen. Einem Antrag auf Zuweisung in den Ausschuss würde ich mich anschließen, obwohl ich prinzipiell die Zustimmung für diesen Antrag erteilen würde.

GR. Weidinger: Ich möchte in die Kerbe des Kollegen Schäfer schlagen, der auch den Zugang der SPÖ-Fraktion betreffend keiner sozialen Staffelung der Gebühren nicht versteht. Ich würde vorschlagen diese unteren Sätze bei 1.020 Euro in die Höhe zu heben – hier müssen wir unbedingt etwas machen.

Ich recherchiere immer sehr zuverlässig und habe dabei etwas Interessantes für die SPÖ-Fraktion gefunden. In der Bezirksrundschau vom 22.05.2019 heißt es: „Neue Tarife bei Ganztageschulen sollen helfen. Für viele Eltern ist die Ganztagesbetreuung des Nachwuchses zu teuer. Helfen sollen jetzt sozialere Tarife. Das Fazit ist eindeutig: Der „Nationale Bildungsbericht 2018“ fordert den Ausbau ganztägiger Schulformen (GTS). Ihr Besuch wirkt sich positiv auf Lernerfolg, Sozialverhalten und Berufsperspektiven aus. Entscheidend ist, dass das Kind regelmäßig und nicht nur an einzelnen Nachmittagen das Angebot nutzt. Der Wunsch nach Bildungsqualität und nach Betreuung der Kinder bei den

Eltern decken sich also.“ Die Krux laut Bericht: „Kinder aus sozial schwächeren Familien besuchen seltener Ganztagschulen als jene aus besser situierten Familien. Eine soziale Schere, die man im Welser Schulalltag wiederfindet.“

Hürde Essenskosten – es geht jetzt in die Richtung, in die ich hinmöchte. So scheitert es laut Bildungsstadtrat Johann Reindl-Schwaighofer häufig schon an den Kosten fürs Mittagessen, geschweige denn für die Betreuung. „Wir brauchen eine neue Tarifordnung, die treffsicherer ist.“ sagt StR. Reindl-Schwaighofer. „So könnten Bildungsunterschiede ausgeglichen werden. Nach einem Gespräch mit Bürgermeister Dr. Andreas Rabl soll das jetzt Teil der Budgetverhandlungen werden.“ Zustimmung auch aus den anderen Parteien: "Bildung muss für alle erschwinglich sein", so ÖVP-Landtagsabgeordneter Dr. Peter Csar. "Man muss das System den geänderten Lebenssituationen; wie mehr berufstätige Eltern und Kindern mit Förderbedarf; anpassen", so die Wortmeldung von Markus Hufnagl. Auch die Grünen sind gesprächsbereit.

Hier war nie das Thema das Betreuungsentgelt abzuschaffen. Warum ist bei der SPÖ-Fraktion plötzlich dieser Sinneswandel entstanden? Ich denke es hat mit dem beginnenden Wahlkampf zu tun. Zuerst wurde 2019 vom zu teuren Essen gesprochen, jetzt möchte man das Essen doch behalten, alles abschaffen und alles soll gratis sein. Uns wäre wichtig hier zu diskutieren und eine soziale Staffelung mit diesen 1.020 Euro ist auf alle Fälle zu wenig. Wir sollten uns vielleicht noch mit anderen Kommunen absprechen, wie das dort gestaltet wird. Soweit ich weiß ist es in Wien gratis. Es wäre auch möglich ein oder zwei Gratismonate einzuführen. Von der Verwaltung gehen zwei Monate vielleicht besser, weil es beruflich für die Eltern ganz interessant ist. All diese Modelle wären vorstellbar.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Weidinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Grünflächenrichtlinie
Verf-015-I-8-2021

GR. Mag. Teubl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Problematik der zunehmenden Reduktion von Grünflächen und der damit einhergehenden Bodenversiegelung. Wir alle wissen in der Zwischenzeit zur Genüge um die Problematik der Klimaveränderungen, denen wir uns auch in der Stadtplanung stellen müssen. Für das Mikroklima im städtischen Raum ist es von ganz entscheidender Bedeutung ausreichend Grünflächen zu haben. Dennoch wird in unserer Stadt nach wie vor gebaut, betoniert und asphaltiert was das Zeug hält. In nur einem Jahr werden so ca. 8 ha Boden für immer versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwölf Fußballfeldern.

Das ist viel – viel zu viel! Es ist daher ein Gebot der Stunde etwas dagegen zu unternehmen. Einer der Ansätze ist bei Neubauten dafür zu sorgen, dass der Grünflächenanteil am Grundstück ein vernünftiges Maß erreicht. Damit dies gewährleistet ist brauchen wir aber entsprechende Vorgaben. Diesbezüglich ist sogar schon einiges geschehen. Von der Stadtentwicklung wurde bereits vor längerem eine Grünflächenrichtlinie für Neubauten erarbeitet. Der Entwurf wurde bereits im Juni des vergangenen Jahres dem zuständigen Ausschuss vorgelegt, ist aber seither in der Schublade verschwunden.

Ich richtete in der letzten Gemeinderatssitzung eine diesbezügliche Anfrage an den zuständigen Stadtrat Peter Lehner, die heute beantwortet wurde. Diese Frage stellte ich aber auch im Stadtentwicklungsausschuss. Zusammenfassend bekam ich durchaus unterschiedliche Antworten warum hier nichts weitergeht. Die eine Antwort ist, dass die Europäische Union die Absicht hat eine Richtlinie zum Schutz des Grünlands zu erarbeiten. Heute war davon die Rede, dass es sich um eine europäische Strategie für Biodiversität handelt.

Na ja, wenn wir darauf warten, dann kann es noch lange dauern, denn wir wissen, dass in der Europäischen Union Beschlussvorlagen nicht so rasch in die Tat umgesetzt werden können, weil das Prozedere relativ langwierig ist. Solche Richtlinien sind dann eher sehr allgemein gehalten und können keineswegs eins zu eins in eine Umsetzung gebracht werden. Die zweite erhaltene Antwort war, es sei die Absicht der Stadt Wels mit den Umlandgemeinden einen Konsens zu finden, um keinen Wettbewerbsnachteil zu erleiden. Das ist ein beliebtes Todschlagargument, das immer wieder gebracht wird. Das führte z.B. in der Vergangenheit dazu, dass es verabsäumt wurde rechtzeitig dem Bau von Einkaufszentren am Stadtrand entgegenzutreten. Es wurde argumentiert, wenn wir das nicht erlauben, dann wird es halt die Nachbargemeinde machen. Wenn wir strengere Vorschriften haben, haben wir einen Wettbewerbsnachteil.

Das kann auf allen Ebenen gespielt werden. Es kann gesagt werden, dass wir in Österreich keine Umweltschutzgesetze und keine Klimaschutzgesetzgebung brauchen, weil dann ein Wettbewerbsnachteil gegenüber China bestehen würde. So funktioniert es einfach nicht! Wir müssen, wenn wir etwas wollen, damit in die Umsetzung gehen und vielleicht damit Vorreiter und Vorbild für andere sein. Dann können wir mit anderen darüber verhandeln. Als dritter Grund wurde heute genannt darauf zu warten, dass sich die Fraktionen informieren. Ja, es ist richtig, wir haben uns erst letzte Woche informiert, weil ich grundsätzlich der Meinung war diese Richtlinie ist ohnehin verständlich formuliert und dafür keine weitere Information benötigt wird.

Angesichts der Verzögerungen war es jetzt für uns doch notwendig und interessant zu wissen was hier passiert. Warum die anderen Fraktionen das getan oder nicht getan haben

entzieht sich meiner Kenntnis – ist aber auch völlig unerheblich. Es hätte gesagt werden können, innerhalb der nächsten zwei Monate gibt es die Möglichkeit zur Information und dann wird beschlossen. Man braucht nicht ein Jahr zu warten bis vielleicht sich alle überlegt haben, ob sie noch weitere Informationen brauchen.

Argumente über Argumente, die hier vorgebracht werden um zu rechtfertigen, dass sich nichts tut und nichts weitergeht. Schließlich sagte StR. Lehner heute noch die Richtlinie wird ohnehin schon im Hintergrund – quasi im Geheimen – angewendet um auszutesten, ob sie funktioniert. Das höre ich heute zum ersten Mal. Davon habe ich bisher nichts gehört und ich weiß auch nicht, ob das tatsächlich der Fall ist. Wir sind jedenfalls der Meinung, dass es nicht weiter passieren darf solche Vorhaben auf die lange Bank zu schieben. Es gibt Bauprojekt um Bauprojekt und jeder von uns, der in der Stadt Wels spazieren geht, der kennt diese Gärten des „Grauens“, wie ich sie nenne, in denen alles zuasphaltiert ist und in denen sich kein Grashalm mehr zu regen traut, die pflegeleicht sind, aber auch eine enorme Versiegelung herbeiführen, die dem Mikroklima schaden, die einen Oberflächenabfluss verhindern und die letztlich allen Bestrebungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung entgegenstehen.

Wie wir heute hörten ist zu befürchten, dass vor der Wahl im Herbst kein Beschluss mehr in dieser Angelegenheit von Amts wegen kommt. Damit wollen wir uns als GRÜNE nicht zufriedengeben. Wir finden es war Zeit genug über diesen Entwurf nachzudenken, nachzuschärfen und ihn beschlussreif zu machen. Deshalb entschieden wir uns den vorliegenden Entwurf einer Grünflächenrichtlinie hier im Gemeinderat als Beschlussantrag einzubringen. Ich ersuche sie im Sinne einer nachhaltigen und klimafreundlichen Stadtentwicklung um Zustimmung.

GR. Wiesinger: Lieber Kollege Mag. Teubl, wenn ich dich richtig verstanden habe, stelltest du in deinen Ausführungen sehr viele Fragen und bekamst unterschiedliche Antworten bzw. wurde von Unwahrheiten gesprochen. Ich orte hier einen gewissen Erklärungsbedarf und stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + SPÖ-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Stefan Ganzert, GR. Mag. Daniela Schindler, GR. Mag.phil. Mato Simunovic und GR. Markus Hufnagl sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Friedhelm Dold, Wels, Fuxstraße 8;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-3-2021

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 14.04.2021:

Herrn Friedhelm Dold, wh. Wels, Fuxstraße 8, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2021/007

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 14.04.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2021/008

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 14.04.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2021/009

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 14.04.2021:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verkauf der stadteigenen Wohnung Wels, Billrothstraße 111/1/4
LV-026-02-5-2021 miterledigt:
SD-KFM-70-2021

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 14.04.2021:

Der Wohnungskaufvertrag, mit dem bei der Liegenschaft EZ. 426 KG. 51.215 Lichtenegg, eingetragen beim Bezirksgericht Wels, folgende Wohnung und die damit mitverbundenen Liegenschaftsanteile wie folgt 53996/18.167.741stel Anteile, Wohnung W 3 A/4 im Haus Wels, Billrothstraße 111, verkauft werden, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verkauf von zwei stadteigenen Wohnungen Wels, Sauserstraße 3/5/36
und Sauserstraße 7/EG/1
LV-026-02-6-2021 miterledigt:
SD-KFM-70-2021

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 14.04.2021:

Der Wohnungskaufvertrag, mit dem bei der Liegenschaft EZ. 1932 KG 51216 Lichtenegg, eingetragen beim Bezirksgericht Wels, folgende zwei Wohnungen und die mitverbundenen Liegenschaftsanteile wie folgt 744/151.452stel Anteile, Wohnung W1/36 im Haus Wels, Sauserstraße 3, und 622/151.452stel Anteile, Wohnung W3/1 im Haus Wels, Sauserstraße 7, verkauft werden, wird beschlossen.

GR. Wiesinger: Wir verkaufen gelegentlich Wohnungen im Gemeinderat. Wäre es für Mitglieder des Gemeinderates möglich eine Aufstellung darüber zu bekommen, wie viele Wohnungen die Stadt Wels noch hat und wie lange die Mietverträge noch dauern. Mir ist einfach unklar wie viele Wohnungen wir noch haben, wie lange wir noch gebunden sind. Es wäre nett eine solche Auflistung zu erhalten, die sicher datenschutzkonform erstellt werden kann.

Bgm. Dr. Rabl: Markus, kein Problem! Nach meiner Information sind die Wohnungen der Stadt Wels alle unbefristet vermietet. Es gibt also keine Vermietungen auf eine befristete Zeit und das macht es schwierig zu wissen wann die Wohnungen frei werden. Es gibt aber die prinzipielle Politik eine vermietete Wohnung nur zu verkaufen, wenn der Mieter selbst diese Wohnung kauft. Laut einer Abfrage zu Beginn dieser Legislaturperiode besteht hier ein sehr überschaubares Interesse am Kauf der eigenen Mietwohnung. Sonst werden Wohnungen erst verkauft, wenn der Mieter auszieht oder verstorben ist. Hintergrund ist, dass aufgrund der sehr günstigen Miete die zu erzielenden Preise einer vermieteten Wohnung weit unter dem liegen, was wir für eine leere Wohnung erhalten. Ich schätze, wir haben noch ca. 200 Wohnungen.

Wie viele Wohnungen wir verkaufen ergibt sich aus dem jährlichen Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr und kann dort noch einmal eingesehen werden. Der Wohnungsverkauf wird auf der Homepage der Stadt Wels veröffentlicht, sodass jeder zu diesen Dingen Zugang hat. Wir kommen dieser Anfrage gerne nach und ersuche dich, lieber Stefan Ganzert, die genauen Zahlen den Gemeinderäten mitzuteilen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Christian Fila verlässt um 17.00 Uhr die Gemeinderatsitzung.

GR. Mag. Bernhard Humer ist von 17.16 bis 18.18 Uhr für die Teilnahme an der Gemeinderatsitzung entschuldigt.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herdt

9.)

Bedarfs- und Entwicklungskonzept der Stadt Wels 2021 – 2026
über die Kinderbetreuung in der Stadt Wels
KI-110-05-1-2020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 12.04.2021:

Beiliegendes Bedarfs- und Entwicklungskonzept über die Kinderbetreuung in der Stadt Wels 2021 – 2026 wird beschlossen.

Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die notwendigen Schritte zur Sicherstellung der Kinderbetreuung für Krabbelstuben, Kindergärten und Horte in der Stadt Wels in die Wege zu leiten.

GR. Scheinecker, BA: Wir diskutierten diesen Punkt im Ausschuss ausführlich, weshalb ich mich kurzhalten werde. Ich danke für ihren ausführlichen Vortrag, der versuchte wirklich alle gestellten Fragen abzudecken. Das war zum Teil für mich, um sämtliche von mir im Ausschuss gestellten Fragen zu beantworten. Bekannterweise bin ich etwas kritisch im Bereich der Kinderbetreuung.

Wir haben uns dieses Bedarfs- und Entwicklungskonzept sehr genau angesehen. Der Pressekonferenzunterlage ist zu entnehmen, wir können mit diesem Konzept die Betreuungsquote halten. Nach intensiven Diskussionen in der Fraktion entschlossen wir uns diesem Bedarfs- und Entwicklungskonzept zuzustimmen. Kritik haben wir trotzdem an dem Halten der Betreuungsquote. Das ist weder ein frauen-, familien- noch gesellschaftspolitischer Meilenstein.

Tatsache ist, wir haben auch jetzt schon keine Plätze, auch wenn wir im Hinterkopf im Idealfall noch Plätze haben. Wir wissen aufgrund der immer noch sehr knappen Betreuungsquoten bei den Krabbelstubenplätzen muss jede Familie, die ein Kind bekommt, überlegen ob sie einen Platz bekommt. Wir können nicht mit Gewissheit sagen, ob es funktioniert oder nicht. Großteils Frauen sind mit der Situation konfrontiert. Sie bleiben meistens nicht ein Jahr zu Hause, weil sie von vornherein wissen, dass sie erst mit 20 oder 22 Monaten einen Krabbelstubenplatz bekommen. Wie soll das dann funktionieren?

Solche Situation haben junge Frauen tatsächlich. Das ist der Punkt, wo wir in den nächsten Jahren noch nachschärfen müssen, um die Sicherheit für junge Familien zu stärken damit sie immer einen Betreuungsplatz bekommen und das vielleicht schon mit einem Jahr. Damit ändert sich jedoch die Betreuungsquote nicht. Das ist der einzige sichtbare Kritikpunkt, allerdings ein sehr wesentlicher Kritikpunkt, der so stehengelassen werden muss.

GR. Kroiß: Die Diskussion im Generationenausschuss war sehr ausführlich. In den letzten Jahren ist sehr viel weiter gegangen in der Stadt. Wir schufen 300 neue Plätze für die Betreuung unserer Kinder. Wenn das jetzt im Moment zu wenig erscheint, so ist es doch eine enorme Summe. Manche Städte schaffen nicht in einem Jahrzehnt, was uns in fünf Jahren gelang. Das ist zu berücksichtigen, denn es sind enorme Kosten, die zur Gänze die Stadt tragen muss.

Ich möchte noch kurz Replik ziehen bezüglich Betreuung der unter 18 Monate alten Kinder. Das war schon im Ausschuss das große Thema. Von meinem Standpunkt aus würde ich mein Kind nicht unbedingt mit einem Jahr in eine Krabbelstubeneinrichtung geben, weil dort neun andere Kinder sind. Das Jüngste hat immer Nachteile, ist noch nicht so mobil, kann mit den anderen noch nicht so mithalten. Die Krabbelstuben sind einfach dafür nicht ausgelegt.

Pädagogen und Helfer sagen ja zu einem Kind ab 18 Monaten, aber nicht in der Durchmischung mit einem 12 Monate alten Kind. Ich habe heute alle fünf Krabbelstuben mit insgesamt 100 Plätzen der Kinderfreunde durchgerufen. Wenn es die Kinderfreunde in ihren eigenen Krabbelstuben bei 100 Plätzen nicht schaffen ein Kind unter 18 Monaten aufzunehmen, wie soll die Stadt Wels dann mit dem vorpreschen?

Es gibt tolle Angebote, wie Tagesmütter, Leih-Omas, Babysitter, Nanny. Ich bin nicht sicher warum ein so kleines Kind in die Krabbelstube gegeben werden soll. Schade finde ich die Aussage, die Tagesmütter seien für das nicht ausgebildet. Ich bin mit meiner sehr zufrieden. Mein unter 18 Monate altes Kind ist dort sehr happy und ich finde das vom Betreuungsschlüssel besser. So viele Plätze zu haben ist super. Warum soll man dann immer das Negative zeigen?

GR. Scheinecker, BA: Ich möchte gar nicht auf das Negative zeigen und stimme dem Bedarfsentwicklungskonzept zu. Es ist vielleicht die Aufgabe von Familienangehörigen – die jungen Väter melden sich verdammt selten zu diesem Thema. Kommt nach vorne und redet mit!

Wir hatten die Diskussion betreffend 12 Monate alte Kinder schon im Ausschuss, dann müssen andere Kinder außen vorgelassen werden, weil ich dafür eine höhere Betreuungsquote brauche. Dafür wird mehr Personal benötigt und in die Gruppen dürfen laut Oö. Kinderbetreuungsgesetz weniger Kinder gegeben werden. Das heißt, würden die Kinderfreunde ein 12 Monate altes Kind aufnehmen – teilweise wurde das versucht – können aber andere Kinder nicht aufgenommen werden, weil wir zu wenige Plätze haben. Das ist nicht nur bei den Kinderfreunden oder bei Abenteuer Familie so, sondern ganzheitlich.

Es ist dann immer die Entscheidung nehme ich ein 12 Monate altes Kind und sage ich dafür drei 18 Monate alten Kindern möglicherweise ab. Natürlich gibt es für jede Mutter eine Lösung, die für sie besser passt. In der Theorie zu sagen, wo welches Kind besser aufgehoben ist, ist schwierig. Familien sind unterschiedlich und deshalb brauchen wir unterschiedliche Angebote, die genau diese Vielfalt an Notwendigkeit bieten.

Ich hätte gerne eine Krabbelstubenplatz für meine Tochter gehabt. Es ging damals nicht, weil die Wartelisten lang waren und natürlich wollte ich selbst dann auch nicht, dass zwei andere Mütter deswegen keinen Krabbelstubenplatz bekommen. Ich hatte eine großartige Tagesmutter, allerdings erkrankte diese relativ oft und die andere Tagesmutter kannte mein Kind noch nicht. Ich kann mein Kind nicht einfach zu einer wildfremden Frau bringen. Da hat eine institutionalisierte Kinderbetreuung natürlich auch Vorteile, die Tagesmütter einfach nicht anbieten können. Ich fände es gut die Vielfalt an Angeboten im Fokus zu behalten. Wie reden von einem Konzept für die nächsten zehn Jahre und nicht für die nächsten zwei Monate.

StR. Josseck-Herd: Fünf Jahre!

GR. Scheinecker, BA: Der Horizont ist auf zehn Jahre ausgerichtet.

StR. Josseck-Herd: Mit einer Prognose! Aber das heißt nicht, dass wir dann nicht mehr bauen werden.

GR. Scheinecker, BA: Das hoffe ich doch, aber das Konzept, die Zahlen sind für einen längeren Zeitraum gestaffelt. Wenn wir das im Hintergrund behalten und es immer wieder diskutieren, kommen wir zum gemeinsamen Konsens, dass Kinderbetreuung ein wichtiges Thema ist. Vor 10 Jahren waren wir noch nicht einmal so weit, dass Krabbelstuben so wichtig wären. Die gab es auch nicht überall!

GR. Mag. Schindler: Ich stand das erste Mal hier im Gemeinderat im Jahre 2014. Meine Tochter war damals zwei Jahre alt und ich fragte den damals zuständigen Kollegen StR. Zaunmüller über den Ausbau von Krabbelstubenplätzen für Kinder ab 12 Monaten. Bei meiner ersten Schwangerschaft beschäftigte mich das sehr. Es gab damals in Wels tatsächlich nur einen Kindergarten in der Fabrikstraße mit ein bis zwei Plätzen pro Jahr.

Zu meiner Anfrage gab es auch einen Antrag meiner Fraktion zum Ausbau von Krabbelstubenplätzen für Kinder ab 12 Monaten. Ich möchte das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, das 12+2-Modell (seit 2008) erwähnen. In Anwendung ist es seit 2009. Jetzt 2021 bewegen wir uns nicht einmal im Dezimalbereich bei den Krabbelstubenplätzen ab 12 Monaten in Wels.

Die Erwähnung freut mich, dass sie das jetzt im Kopf behalten und es als Ziel sehen hier Krabbelstubenplätze zu schaffen. Ich hoffe wir können in fünf Jahren über die Anzahl der Plätze ab 12 Monaten diskutieren. Es ist eine Leistung, wenn Plätze in der Gruppe reduziert werden müssen, um ein Kind unter 12 Monaten unterbringen zu können. Aber es geht hier um ein vielfältiges Angebot – für den einen passt das und für den andern dies. Ich hätte es lieber gehabt, wenn mein Kind mit 12 Monaten in der Krabbelstube gewesen wäre und nicht bei der Tagesmutter. So hätte ich mich nicht innerhalb eines Jahres an zwei verschiedene Instanzen gewöhnen müssen.

Mein persönlicher Zugang: Angebot schafft Nachfrage! Für jeden passt etwas Unterschiedliches und deshalb wäre ich dafür und es ist höchst an der Zeit, dass in diesem Bereich ein Ausbau stattfindet.

GR. DI Haydinger: Wenn mir schon die Kollegin Scheinecker den Fehdehandschuh zuwirft und mich als Jungvater anspricht, möchte ich die Gelegenheit nutzen und das Wort ergreifen. Allerdings bin ich als wirklich frischgebackener Jungvater noch relativ unerfahren in Kinderbetreuung und Kindererziehung. Deshalb setzte ich mich gerade mit diesem Konzept auseinander. Ich werde jetzt nicht mehr auf diese ganzen Zahlen eingehen, dann das machte unsere Referentin sehr ausführlich.

Ich möchte mich ganz herzlich für die Leistung bedanken, die Frau StR. Josseck-Herd in den letzten sechs Jahren erbrachte. Diese Leistung formulierten wir im letzten Wahlkampf schon als Ziel. Als oberstes Ziel sollte jedes Kind in Wels einen Kindergartenplatz bekommen. Darüber hinaus formulierten wir auch noch andere Ziele, wie den Wertekodex im Kindergarten - auch dieser wurde umgesetzt – und die Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr. Diese drei wesentlichen Ziele wurden in den letzten sechs Jahren großartig von unserer Referentin umgesetzt.

Die SPÖ-Fraktion sprach mehrmals an, dass wir die Betreuungsquote gerade einmal halten können. So möchte ich in Erinnerung rufen wie die Betreuungsquote vor sechs Jahren aussah. Gerade durch den starken Zuzug und die kommenden geburtenstarken

Jahrgänge ist es eine große Leistung diese Quote überhaupt zu halten. Wie bereits von der Referentin angesprochen, werden wir die Krabbelstubenplätze weiter ausbauen – bis zu 70 in den nächsten Jahren.

Frau Mag. Schindler hätte sich gewünscht ihr Kind mit 12 Monaten in die Krabbelstube geben zu können. Ich möchte keine Grundsatzdiskussion oder ideologische Diskussion vom Zaun brechen. Persönlich möchte ich mein Kind nicht mit 12 Monaten in die Krabbelstube stecken. Ist es wirklich Aufgabe des Staates oder der Stadt die Kinderbetreuung eines 12 Monate alten Kindes zu übernehmen? Letztendlich sind diese Themen mit Kosten verbunden. Sie sagten im Ausschuss, sie seien gut ausgebildet und möchten wieder arbeiten gehen und den Anschluss ans Berufsleben nicht verlieren. Ist es wirklich Aufgabe der Stadt ihr Kind zu betreuen während sie arbeiten und Geld verdienen?

Wir haben jede Menge Krabbelstubenplätze und werden diese für Härtefälle auch weiter ausbauen. Ich möchte keine ideologische Diskussion vom Zaun brechen, aber es geht um die Kosten und ich bin der Meinung es ist nicht Aufgabe der Stadt ein 12 Monate altes Kind zu betreuen.

StR. Mag. Schininger: Als alter Vater darf auch ich mich zu Wort melden, als Vater von zwei Töchtern, mittlerweile 20 und 18 Jahre jung. Eine Tochter maturierte letztes Jahr an BAfEP Linz und arbeitet dankenswerterweise seit September als gruppenführende Kraft im Kindergarten Laahe. Nicht, weil es meine Tochter ist, aber die Leitung dürfte sehr, sehr zufrieden sein mit unserer großen Tochter. Die jüngere Tochter wird nächstes Jahr hoffentlich auch als Elementarpädagogin maturieren.

Ich darf mich als Person melden, der als Geschäftsführer der Kinderfreunde die Aufgaben 15 Jahre organisierte. Gemeinsam mit vielen andern war ich im Jahr 1995 unter anderem der Erfinder der Krabbelstuben. Ich erinnere mich mit Freude und Wehmut an viele Diskussionen mit dem damaligen Bürgermeister Bregartner, mit Frau Vzbgm. Podlaha und liebe Margarete, auch mit deinem leider bereits verstorbenen Gatten zu diesem Thema.

Es ist tatsächlich in den letzten Jahren - ja Jahrzehnten – in Wels sehr viel passiert. Es wurde über viele Jahrzehnte der Boden sehr gut aufbereitet. Margarete, du wirst mir das hoffentlich bestätigen, dass Wels mit einigen anderen Städten gemeinsam über viele Jahrzehnte im Bereich der Kinderbetreuung absolut federführend war.

Wenn es hier um die Diskussion geht mein Kind in den Kindergarten, in die Krabbelstube zu geben oder möchte ich schon eine Betreuung ab dem 12 Lebensmonat, muss hier die absolute Wahlfreiheit für die Eltern herrschen. Lieber Kollege DI. Haydinger, manche Eltern können es sich nicht aussuchen, ob sie ihr Kind in die Krabbelstube geben oder nicht. Es veränderte sich die Lebenssituation in den letzten Jahrzehnten, es muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich zu 100 % gewährleistet sein. Ich bin hier für die freie Wahl, egal ob Tagesmütter, Tagesväter, Krabbelstuben oder auch gar nichts. Es muss auch, darf und soll erlaubt sein, dass Eltern zu Hause bleiben. Wir dürfen diese genauso wenig „brandmarken“ wie jemanden, der sein Kind ab dem 12. Lebensmonat in eine Betreuungseinrichtung gibt.

„Ab dem 12. Monat“ - dazu sagen mir viele Pädagogen über die letzten 15 Jahre, auch meine Töchter, dass es dabei um die Grundbedürfnisse von Kindern (Essen, Schlafen und Wickeln) geht. Kleinste Kinder finden immer besser in den Krabbelstubenalltag hinein. Es

ist erwiesen, Krabbelstubenkinder sind gern gesehene Kinder in den Kindergärten. Wir haben viel erreicht, aber gemeinsam sollten wir dranbleiben. Mit den jetzigen Konzepten ist es wahrscheinlich nicht klug Kinder mit 12 Monaten in die Krabbelstuben oder Kindergärten zu geben. Aber wir haben viel erreicht und gemeinsam werden wir noch weiter viel erreichen.

GR. Wiesinger: Nach vier Damen, einem Neo-Papa und einem Neo-Stadtrat darf sich auch ein engagierter Dreifach-Vater melden. Es ist mir ein Anliegen meinen Dank an die Kindergartenabteilung auszusprechen. Die Zusammenfassung ist sehr hilfreich und umfassend. Sie gibt einen guten Überblick über die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels. Einen ganz besonderen Dank möchte ich auch den Kindergartenpädagoginnen der Stadt Wels aussprechen. Was diese in den letzten 12 Monaten – gerade in dieser Covid-Zeit – leisteten ist bemerkenswert und zollt jeden Respekt.

Ich las mir den Bericht sehr genau durch und habe mir ein paar Fakten zusammengeschrieben und festgehalten. Diese möchte ich kurz aufarbeiten. Klar ist, die Stadt Wels liegt bei den Kindern von 0 bis 3 Jahren über den oberösterreichischen Durchschnitt. Wir haben einfach mehr Kinder als der Rest von Oberösterreich und viele neue Kinderbetreuungseinrichtungen sind in Planung und Realisierung. Fakt ist aber auch, wir haben einen enormen Bedarf in den Krabbelstuben.

Laut Zahlen gibt es nur für ca. 12 % der Kinder von 0 bis 3 Jahren einen Krabbelstubenplatz. Bei Kindergartenkindern haben wir für 90 % einen Platz. Es ist mir klar, im Kindergartenbereich gibt es eine Kindergartenpflicht und die Bereitschaft der Eltern Kinder in den Kindergarten zu geben ist größer. Die pädagogische Sinnhaftigkeit führte schon StR. Mag Schininger aus. Ich persönlich bin der Meinung, dass unter 12 Monaten viel zu bald ist, halte aber auch fest, es ist eine höchst persönliche Entscheidung. Ich maße es mir nicht an, einem Elternteil, einer Mutter zu sagen, du darfst dein Kind nicht schon mit 12 Monaten in eine Krabbelstube geben. Hinter jeder Entscheidung, hinter jeder Familie steht ein Schicksal und eine Geschichte. Wir wissen bei der Anmeldung nicht, warum das Kind in die Krabbelstube gehen muss.

Noch gar nicht erwähnt wurde das „Henne-Ei-Problem“. Wir wissen alle, man bekommt nur einen Kindergartenplatz mit Nachweis eines Arbeitsplatzes und einen Arbeitsplatz bekommt man oft nur mit Nachweis eines Kindergartenplatzes. Das macht es sehr schwierig und die Eltern sind verzweifelt. Bei „unserer“ ersten Schwangerschaft war schon nach Erhalt des Ultraschallbildes der Gedanke vorhanden in welchen Kindergarten wir das Kind geben werden. In der Realität denken die Eltern schon während der Schwangerschaft darüber nach wo sie ihr Kind hingeben. Kommt noch die Angst dazu einen Arbeitsplatz für eine Kindergartenplatz zu benötigen oder umgekehrt, dann ist das ein Problem, welches wir wichtig und ernst nehmen müssen.

Liebe Referentin, suchen wir eine Lösung! Vielleicht ist es möglich Kindergartenplätze auf Vorrat zu halten. Am Papier sieht es gut aus überall Kinderbetreuungseinrichtungen zu haben. Nur die Eltern wollen die Kinder praktisch in den Kindergarten oder die Krabbelstube bringen. Was bringt es mir in der Pernau zu arbeiten und der Kindergarten- oder Krabbelstubenplatz ist in der Noitzmühle frei. Es ist eine Realität, ein Faktum und kann nicht mit Statistiken weggewischt werden. Ich halte fest, es ist äußerst schwierig. Das Bedarfs- und Entwicklungskonzept ist nichts anderes als ein Blick in eine Glaskugel.

Von der Referentin wurde der Zuzug schon richtig ausgeführt. Keiner weiß wie sich die Familiensituationen verändern. Eine glückliche Mutter kann schnell zur Alleinerzieherin werden und auf einmal gibt es einen Bedarf, den es vorher nicht gegeben hätte. Diese Dinge machen einen solchen Bedarfsentwicklungsplan zu erstellen sehr schwierig. Ich mag gar nicht an das Jahr 2026 denken, ob das alles so stimmt wie es angeführt ist. Möchte aber, dass jeder Vater, jede Mutter, die nachweisbar einen Krabbelstubenplatz brauchen, diesen auch bekommen. Das wünsche ich mir auch für den Kindergarten, obwohl es dort sicher leichter ist.

Ich möchte wirklich, dass wir das „Henne-Ei-Problem“ lösen, weil es für Eltern schwierig und belastend ist. Kann ich in den Arbeitsprozess nicht starten, weil ich keinen Kindergartenplatz nachweisen kann und umgekehrt, ist das wirklich ein Problem. Liebe Frau StR. Josseck-Herdt, vielleicht finden wir zum „Henne-Ei-Problem“ miteinander eine Lösung. Es gibt wenige Tagesordnungspunkte, bei denen wir uns einig sind und sachlich über ein Thema diskutieren können. Wir freuen uns alle, dass die Kinder gut in den Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels und in den Privateinrichtungen betreut sind und dass wir wirklich einen Krabbelstubenplatz für alle bereitstellen können, die ihn benötigen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Nachdem sich ein Alt-Vater zu Wort meldete, muss sich auch eine Alt-Mutter zu Wort melden. Liebe Jungmütter, seid dankbar für die jetzt vorfindbare Situation! Ich habe selbst zwei Kinder. Beide sind mit einem Jahr zu einer Tagesmutter gekommen und ich hatte nicht die Möglichkeit sie in eine Krabbelstube zu geben. Mit drei Jahren ging es in den Kindergarten. Damals musste man dafür noch bezahlen und meine Kinder wurden auch tolle Erwachsene. Ich denke, die jungen Mütter und Väter sollen glücklich sein über die jetzige Situation. Darum möchte ich mich sehr herzlich bedanken für die 300 geschaffenen Plätze. Das ist in fünf Jahren eine tolle Leistung.

Natürlich ist uns klar, es ist hier noch nicht das Ende und wir müssen weitermachen. Junge Mütter seid froh was ihr habt! Ich wäre sehr glücklich gewesen über diese Möglichkeit. Die geschaffenen Plätze sind für Frauen, damit sie leichter in den Beruf zurückkehren können. Danke für die wirklich tolle Arbeit, die hier gemacht wurde – ich wäre froh gewesen!

Bgm. Dr. Rabl: Liebe Kollegen, ein Jung-Vater! Nicht im Alter jung, aber im Zusammenhang mit den Kindern. Ich glaube, ich bin derjenige im Raum mit dem jüngsten Kind. Prinzipiell muss ich sagen meine beiden größeren Kinder sind bisher in eine Kinderbetreuung in der Stadt gegangen. Wir waren immer sehr zufrieden - das möchte ich hervorheben! Wir fanden im Jahr 2015 eine Situation vor mit einem riesigen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen.

Ich gestehe Walter Zaunmüller und allen Referenten davor zu, dass auch diese sich schon bemüht haben wahnsinnig viel für die Kinderbetreuung zu tun. Insgesamt ist es nicht nur bei der Investition ein Kostenthema (in den letzten fünf Jahren waren es ca. 10 Mio. Euro), sondern auch bei der nachfolgenden Betreuung dieser Kinderbetreuungsplätze. Jedes Jahr investiert die Stadt Wels 10 Mio. Euro nur in die Kinderbetreuung. Das sind große Budgetposten. Das Ziel muss sein ein möglichst komplettes Angebot zu bekommen. Ich weiß, diesem Ziel sind wir ein Stück nähergekommen. Wir haben dieses Ziel aber noch nicht erreicht.

Das ergibt sich klar aus diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan. Darin ist ersichtlich, dass bei Krabbelstuben Nachholbedarf vorhanden ist. Aber der Bedarf ist weniger geworden, weniger im Vergleich zu vor fünf Jahren. Wahrscheinlich war er vor fünf Jahren noch weniger als vor zehn Jahren. Insofern ist es ein langsamer Prozess, den wir bedienen und den wir begonnen haben. In diesen fünf Jahren haben wir zwei komplett neue Kindergärten errichtet, einer kommt unmittelbar dazu. Es wurden die Krabbelstuben der Kinderfreunde ausgebaut, wir haben Provisorien eingerichtet usw. Es ist einfach etwas passiert.

Wir alle sind der Meinung, dass wir diesen bestrittenen Weg weitergehen sollen. Danke nicht nur an die Kindergartenabteilung, sondern auch an die Bauabteilung, dem Baureferenten und der Kindergartenreferentin. Diese großen Investitionsvolumen, die wir haben, müssen wir einmal auf den Weg bringen. Wir wissen wie schwierig das war! Beginnend bei der Grundstückssuche, denn geeignete Grundstücke zu finden war ein Riesenprozess mit einem riesigen Kostenvolumen. Ich erinnere mich wie ich mit Vzgm. Silvia Huber bei dem Bauern saß und tausend Dinge zu bedenken waren. Das war ein wirklich schwieriger Prozess.

Wir haben einen großen Schritt nach vorne gemacht in dieser kurzen Zeit Plätze mit dieser Anzahl zu schaffen. Das verdient Anerkennung an alle daran Beteiligten. Es kann immer kritisiert werden es gibt zu wenige, aber es muss der Zeithorizont betrachtet werden. Über diesen Zeithorizont können alle Beteiligten wirklich zufrieden sein. Hier haben wir viel, viel nach vorne gebracht. Ich weiß, die Barcelona-Ziele sind noch nicht erreicht, nur wer in Österreich hat diese schon erreicht? Als Stadt Wels - von GR. Wiesinger schon erwähnt - sind wir betreffend der Betreuungsquoten im Oberösterreich ganz weit vorne. Nicht um sonst sagte die Arbeiterkammer wir haben gut abgeschnitten. Dieser kann kein Naheverhältnis zu einer FPÖ-ÖVP-Koalition nachgesagt werden. Wir liegen in diesem Zusammenhang also wirklich, wirklich gut.

Ich weiß, es ist noch nicht alles geschafft, wir müssen noch etwas machen. Es bekennen sich alle Fraktionen dazu. Im Entwicklungsplan steht, dass wir etwas machen wollen und auch werden. In der Vergangenheit ist so viel Geld in diesem Zusammenhang zur Verfügung gestanden wie noch nie zuvor. Auch das muss bedacht werden, wenn man auf vorherige Referenten zeigt. Der Referent kann wenig machen, wenn er das Geld nicht hat. Wenn der Referent viel Geld erhält, kann er viel machen. Wenn er kein Geld bekommt, kann er nichts machen. Insofern hat die Referentin viel Geld bekommen, weil es ein Schwerpunkt unserer Politik war. Alle haben sich zu diesem Schwerpunkt bekannt.

Wir haben etwas weitergebracht, es gibt noch viel zu tun und wir brauchen noch viel mehr Geld. Deshalb können wir nicht alles gratis machen. Insofern ist die Politik der Ausgleich dieser unterschiedlichen Interessen und ein Schwerpunkt sollte in einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung liegen. Das bevor wir die Kindergarten- oder sonstigen Gebühren vollkommen erlassen - alles werden wir uns auf Dauer einfach nicht leisten können.

StR. Josseck-Herdt: Nach diesem Plädoyer ist es natürlich schwer noch etwas draufzusetzen. Ich möchte nicht erbsen-zählerisch rüberkommen, aber lieber Markus Wiesinger, ich glaube du hast die 0-jährigen auch dazu genommen bei deiner Rechnung, denn im Jahr 2017 rechneten wir die Betreuungsquote bei den Krabbelstubenkindern ab 18 Monaten durch und damals kamen wir schon auf 33 %. Du musst das noch einmal überdenken und die Fakten checken.

Du sagst, es ist so wahnsinnig schwierig als Arbeitssuchende einen Krabbelstubenplatz zu bekommen, weil man die Arbeit erst bei Vorweisung eines Kindergartenplatzes bekommt usw. Es ist schon so, wenn jemand tatsächlich arbeitssuchend gemeldet ist oder sich in einer Ausbildung befindet um einen Arbeitsplatz zu bekommen, muss dieser die Bestätigung vorlegen. Das wird dann berücksichtigt - natürlich immer nach Maßgabe der bestehenden Plätze. Gerade vor 14 Tagen ist es mir gelungen in der Krabbelstube bei den Kinderfreunden einen Krabbelstubenplatz für eine zukünftige Mitarbeiterin zu bekommen, die sich gerade in Ausbildung zur Fachsozialbetreuerin befindet. Alle haben sich gefreut – ich glaube, ich mehr als die Mutter. Bei solchen Fällen setze ich mich persönlich ein, weil ich natürlich erkenne wie wichtig es ist einen Krabbelstubenplatz zu bekommen. Man will die Kinder in einer guten Betreuung wissen und deshalb ist es mir klar, dass wir nicht aufhören werden das voranzutreiben. Wir müssen uns natürlich an die gesetzlichen Vorgaben halten. Das Land prüft sehr genau den Bedarf und wir können solche Zugänge für gut ausgebildete Frauen, die denken früher in den Arbeitsprozess einzusteigen es aber noch nicht genau wissen, nicht abdecken. Auch das Land würde uns das nicht genehmigen. Das ist das Problem, denn das Land zahlt natürlich Förderungen für die Gruppen. Wir bekommen z.B. für eine Gruppe, die wir am 15. Oktober nicht voll haben, weil wir wissen es werden im Dezember noch zwei, drei, vier Kinder folgen, nur für die gemeldeten Kinder eine Gruppenförderung. Es müssen so viele Fakten und Parameter eingehalten werden.

Alleine hier bei dieser kurzen Diskussion kommen schon so viele Fälle auf den Tisch und man gelangt zu der Erkenntnis, wie schwierig es ist das Problem zu meistern. Deshalb ist es immer wieder ein Kraftakt für die Abteilung und für mich, alles unter einen Hut zu bringen. Die eine Mutter möchte das Kind in der Nähe des Arbeitsplatzes, die andere ist nicht mobil und möchte es in der Nähe der Wohnung. Das soll alles berücksichtigt werden und dann muss auch das Angebot der Plätze verteilt auf das gesamte Stadtgebiet entsprechend geplant sein. So wie es Fred Sinowatz sagte: „Es ist alles sehr kompliziert“.

Aber ich bin überzeugt davon jeder Euro für den Bau von Kindergarten- und Krabbelstubenplätzen ist eine Investition in die Zukunft und das muss es uns wert sein. Wobei ich sagen muss eigenartiger Weise waren früher die Krabbelstubenplätze nur bei den Kinderfreunden angesiedelt. In der Stadt wurde früher gar nicht daran gedacht sich mit Krabbelstuben zu beschäftigen. Erst nach und nach gab es welche. Im privaten Bereich gibt es mehr Krabbelstuben als im städtischen Bereich. Ich bitte jetzt nach dieser langen Ausführung um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Neubau Kindergarten Pernau Lessingstraße;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
und Auftragsvergabe Generalunternehmerleistung an die
Bietergemeinschaft Felbermayr Bau GmbH & Co KG und
eww Anlagentechnik GmbH, Wels
KI-110-10-1-2020 miterledigt:
SD-TFM-1020-2019

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im gemeinsamen Generationenausschuss und Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 12.04.2021:

1. Beiliegende Schreiben „Bekanntgabe Zuschlagsentscheidung (.1) und „Zuschlagserteilung Auftrag“ (.2) in der Höhe von Euro 2,386.467,19 netto zzgl. USt. iHv. Euro 477.29344, d.s. Euro 2,863.760,63 brutto, an die Bietergemeinschaft Felbermayr Bau GmbH & Co KG/eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Machstraße 7, werden beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird bezüglich Beschlusspunkt 1. ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung in Beschlusspunkt 1. die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um 5 % zu überschreiten, wobei die Gesamtprojektkosten gemäß Beschlusspunkt 4. nicht überschritten werden dürfen.
3. **Grundsatzbeschluss:** Der übrige Neubau Kindergarten Pernau, Lessingstraße, mit 4 Kindergarten- und 2 Krabbelstüben Gruppen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von Euro 377.532,81 netto zzgl. USt. iHv. Euro 75.506,56, d.s. Euro 453.039,37 brutto, gemäß der Darstellung im gegenständlichen Amtsbericht samt Beilagen wird grundsätzlich beschlossen. Die Beschlusspunkte 1. und 2. bleiben hiervon unberührt.
4. Eine Übertragung von Mitteln zwischen Investitionen gemäß Beschlusspunkte 1. bis 3. und des Beschlusses des Gemeinderates vom 20.04.2020 zum Abbruch des Bestandes und Planung für die Realisierung in Höhe von Euro 390.000,00 zzgl. 20 % Umsatzsteuer ist zulässig, wenn hierdurch die Gesamtprojektkosten in Höhe von Euro 3,784.800,00 brutto nicht überschritten werden.

StR. Lehner: Mir ist es wichtig zu erklären, warum wir heute einen gemeinsamen Beschluss, den Grundsatzbeschluss und die Vergabe an Generalunternehmer fassen. StR. Josseck-Herdt hat ja akribisch den Bedarf für die Kinder aufbereitet. Dazu gibt es ein entsprechendes Kostendämpfungsverfahren. Mit den Erfahrungen in der Negrellistraße haben wir gesehen, wenn wir im Niedrigstenergiestandard bauen wollen, wenn es im Sommer nicht zu einer Überhitzung der Kindergärten kommen soll, dann ist es sinnvoll an diesem Standort die Bäume zu erhalten. Es ist sinnvoll entsprechende bauliche Beschattung vorzusehen, in der Nacht die Fenster zu öffnen, um frische Luft in die Kindergärten zu bringen.

All diese Maßnahmen sind in einer Phase, in der die Baubranche boomt, nur dann umsetzbar, wenn es gilt heute diesen Beschluss zu fassen. Die Baupreise explodieren dramatisch. Wir haben das Glück auf Basis der Preise, die wir in der Negrellistraße bekommen haben, auch die Lessingstraße zu vergeben. Hier hat es nur eine geringe Preisanpassung gegeben. Im Bauumfeld ist das wirklich ein Glücksfall. Daher bitte ich alle diesen Beschluss mitzutragen, denn jede Verzögerung würde mit massiven Baukosten verbunden sein.

Danke, dass die Zusammenarbeit so gut klappt, Danke an Ing. Hess und sein Team – die Mitarbeiter der Stadt Wels – die hier hervorragende Arbeit leisten. Die Architektin bringt ein entsprechendes Gefühl für dieses Thema mit. Eine kindergerechte Kindergartenplanung ist etwas ganz Wesentliches, denn es sollen hier Kinder wieder vier, fünf Jahrzehnte bestens aufgehoben werden. Ich bin überzeugt es gelingt uns mit diesem Projekt.

GR. Kroiß: Als gebürtige Pernauein und als ehemaliges Kind dieses Kindergartens, der jetzt Gott sei Dank abgerissen wird, weil er wirklich baufällig ist und nicht mehr den heutigen Konzepten entspricht, finde ich es toll in der Pernaun nun zwei Kindergarten- und Krabbelstubeneinrichtungen zu haben. Liebe Margarete, dir liegen alle Generationen am Herzen. Bei den Kindern geht dir einfach das Herz auf.

GR. Kittenbaumer: Die zuständige Stadträtin Josseck-Herdt hat im Tagesordnungspunkt 9 schon die baldige Fertigstellung des Kindergartens in der Negrellistraße erwähnt. Als nächster Schritt kommt jetzt der Abbruch des Kindergartens in der Lessingstraße und die Neuerrichtung. Dieser Kindergarten wurde bereits 1961 eröffnet, deshalb hat der Zahn der Zeit lange an der Bausubstanz genagt und befindet sich dieser Kindergarten mittlerweile in einem schlechten bautechnischen Zustand. Daher ist diese geplante Erneuerung wirklich schon lange notwendig.

Wir begrüßen diese weitere Investition in den Kindergartenbereich und in die Zukunftsentwicklung der Pernaun. Besonders aber freue ich mich für das gesamte Mitarbeiterteam in der Lessingstraße, die schon sehr lange auf diese Erneuerung gewartet haben. Die Neueröffnung des Kindergartens in der Lessingstraße ist für September 2022 geplant, sofern uns Corona keinen Strich durch die Rechnung macht.

Die Kindergärten und Krabbelstuben sind erste Bildungseinrichtungen und für unsere Kinder enorm wichtig. Durch die großartige erste pädagogische Betreuung der Kinder ergibt sich später daraus ein großer Mehrwert für die Gesellschaft, die Wirtschaft und letzten Endes auch für uns als Stadt Wels. Diese wichtige und notwendige Investition erhöht - darauf bin ich als Pernauein sehr stolz – die Attraktivität unseres Stadtteils. Wir werden natürlich diesem Grundsatzbeschluss unsere Zustimmung geben und bedanke mich für die Arbeit.

GR. KR. Schönberger: Der Kindergarten ist wichtig und die Umsetzung dieses Projekts schön. Nachdenklich finde ich dieses Projekt einem Generalunternehmer zu übergeben und dieser entscheidet mit welchen Firmen dann gearbeitet wird. Zum Thema Schulausspeisung hatten wir die Diskussion die Gewerke pro Schule trennen zu können und gerade bei den Bauvorgaben gehen wir in die andere Richtung. Hier wollen wir gar kein Gewerk mehr mitbestimmen.

Dieses Mal hatten wir das Glück einen Welser Generalunternehmer zu finden, der der Region auch dementsprechend verbunden ist. Nachdem EU-weit ausgeschrieben werden muss wird es vielleicht morgen nicht mehr der Fall sein und ich kenne ähnliche Situationen aus dem Raum Wien. Dort werden weit über die Grenzen hinaus Arbeiten an die Sub-Sub-Unternehmen vergeben, weil die GU an einer Gewinnoptimierung interessiert sind. Ich würde die Stadt Wels bitten bei großen Projekten in der Zukunft genau zu überlegen welche Gewerke sie im GU-Gewerk erfasst und welche eventuell herausgelöst werden könnten, um selbst mitbestimmen zu können und dadurch die regionale Wirtschaft zu stärken.

StR. Lehner: Ich melde mich in meiner Funktion als Baureferent. Wir haben eine geübte Praxis komplexe Bauvorhaben, wie z.B. das Amtsgebäude II in der Rainerstraße, die Sanierung des Marktgeländes oder die Sanierung und Attraktivierung des Kaiser-Josef-Platzes, mit Einzel-Gewerks-Vergaben durchzuführen. Auch hier sehen wir, dass es keine Garantie ist nur Welser Unternehmen zu bekommen, obwohl wir uns das wünschen und auf die Bewerbung vieler Welser drängen. In meiner Funktion als Wirtschaftsreferent und für uns alle als Empfänger der Kommunalsteuer ist es wichtig hier Arbeitsplätze durch Bauaufträge zu erhalten und zu schaffen.

Bei sehr standardisierten Bauvorhaben, wie eben ein Neubau eines Kindergartens, kann man im Vorfeld das Leistungsprofil sehr exakt definieren. Daher ist es für uns als Stadt Wels mit Abstand die sicherste, die kostengünstigste und auch die beste Variante. Bei diesen letzten zwei GU-Verfahren ist ein Konsortium aus Welser Unternehmen zum Zug gekommen. Auch die Zweit-, Dritt- und Viertgereihten waren Unternehmen aus der Region und nicht aus Polen, Tschechien, Wien oder sonst woher. Wir legen intensiv darauf Wert die regionalen Unternehmen zu mobilisieren um sich zu bewerben. Die Wirtschaft in dieser Region ist dank ihrer Mitarbeiter sehr wettbewerbsstark. Wenn die Welser Unternehmer gewinnen wollen, weil sie die Aufträge gerne hätten, dann schaffen sie das allemal. Sie sind im europäischen Kontext sehr erfolgreich und wettbewerbsstark.

StR. Josseck-Herdt: Ich möchte mich nur kurz StR. Lehner anschließen. Wir machten so gute Erfahrungen mit dem Kindergarten Negrellistraße. Die Zusammenarbeit zwischen Architekten und Generalunternehmer war einfach toll. Es gab überhaupt keine Probleme. Sie können sich selbst ein Bild davon machen wie rasch der Kindergarten erbaut wurde, obwohl es eine Bauunterbrechung von fast zwei Monaten im vorigen Jahr wegen des Lockdowns gab. Es wurde alles aufgeholt und wir hoffen, dass der nächste Generalunternehmer ebenfalls so gut arbeitet und der Kindergarten auch in der Qualität der Negrellistraße entstehen wird.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Andreas Weidinger verlässt um 18.11 Uhr die Gemeinderatsitzung.

GR. Walter Zaunmüller verlässt um 18.15 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

11.)

Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saison 2022/23 und für die Saison 2023/24 sowie des Internationalen Welser Figurentheaterfestivals 2023, 2024 und 2025 und der Welser Burggartenkonzerte 2023, 2024 und 2025;
Grundsatzbeschluss
K-065-2-2021

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 13.04.2021:

Die Dst. Veranstaltungsservice und Volkshochschule wird mit der Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saisonen 2022/2023 und 2023/2024 (Welser Abonnementkonzerte, Welser Theaterspielplan) und des Internationalen Welser Figurentheaterfestivals 2023, 2024 und 2025 sowie der Welser Burggartenkonzerte 2023, 2024 und 2025, basierend auf den Voranschlag für das Jahr 2021 und dem Kulturleitbild der Stadt Wels grundsätzlich beauftragt.

GR. Hufnagl: Bezüglich dieses Tagesordnungspunktes ist eine gewisse Planungssicherheit besonders wichtig. Zum Thema Burggartenkonzerte kam mir im Amtsbericht der Vermerk über den Voranschlag 2019 in Höhe von 9.000 Euro komisch vor, dann war eine Überschreitung um 500 bis 700 Euro und jetzt sind im neuen Voranschlag 7.500 Euro veranschlagt. Die Logik über eine Kürzung hat sich mir nicht ganz erschlossen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Das ist das Produkt der Budgetverhandlungen mit dem Finanzreferenten. Wir haben versucht über Firmen den Differenzbetrag aufzustocken und haben Kooperationspartner gefunden. Wir werden es trotzdem in gleicher Qualität mit Drittmitteln teilweise mitfinanzieren können.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 117/3.5 (Stadtteil Pernau)
BauR-269-06-1-2019

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 12.04.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 117/3.5 (Stadtteil Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 203/C.1 (Stadtteil Lichtenegg)
BauR-269-06-8-2019

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 12.04.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 203/C.1 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Öffentliche Beleuchtung;
Beleuchtungsprogramm 2021 – Grundsatzbeschluss;
Auftragsvergabe an die eww Anlagentechnik GmbH, Wels
BauD-BauS-99-2021

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 12.04.2021:

1. Beiliegendes Auftragschreiben gemäß Beleuchtungsprogramm 2021 betreffend Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallation (Beilage ./2) mit einer Auftragssumme von Euro 238.243,40 inkl. 20 % MWSt. an die eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.

GR. Kittenbaumer: Das jährliche Beleuchtungsprogramm bietet auch 2021 wieder wichtige und sehr notwendige Investitionen in Höhe von ca. 238.000 Euro. Der größte Teil davon (134.000) wird für die Neuinstallation herangezogen werden. 37.000 Euro wird für die

Verbesserung und Ausleuchtung von Schutzwegen verwendet und ca. 66.000 Euro für die Instandhaltung. Das Beleuchtungskonzept trägt zum Sicherheitsgefühl bei, denn gut ausgeleuchtete Schutz- und Radwege erhöhen das subjektive Sicherheitsgefühl.

Für mich persönlich ist es wichtig in Zukunft den Fokus ein bisschen mehr auf die Ausleuchtung der Schutzwege zu legen. Mir ist bewusst, dass nicht sofort in alle Schutzwege, die derzeit noch nicht optimal ausgeleuchtet sind, investiert werden kann. Aber wir würden uns für das nächste Beleuchtungsprogramm wirklich wünschen einen größeren Fokus auf die Ausleuchtung der Schutzwege zu legen.

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion bedankt sich natürlich beim zuständigen Referenten, bei Herrn Ing. Niedermair aus dem Hause Magistrat und bei allen beteiligten Mitarbeitern der eww-Gruppe für die hervorragende Arbeit.

StR. Lehner: Ja, Schutzwege sind extrem wichtig. Daher gibt es eine entsprechende Prioritätenabarbeitung und wir gehen sehr strukturiert vor. Natürlich werde ich versuchen für das Budget 2022 die Summe des Beleuchtungsprogrammes noch ambitionierter anzulegen. Das machen alle Referenten, das wissen wir. Am Ende ist ein Budget auch ein Kompromiss, daher werde ich versuchen viele wichtige Dinge vorzusehen. Der „neue Gemeinderat“ wird beschließen, wie hier Budgetmittel vergeben werden.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

15.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2020
Pol-044-WR03-1-2020

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 12.04.2021:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2020 einen Zuschuss in Höhe von € 84.000,00 für Welser Projekte (Innenstadtevents), wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je € 42.000,00 erfolgt (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und Genehmigung des Antrages auf Kreditüberschreitung sowie zweiter Teilbetrag am 02.08.2021).

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Fördermittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2020 bis spätestens 01.06.2021 zu erbringen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

GR. Christian Fila, GR. Mag. Bernhard Humer, GR. Andreas Weidinger und GR. Walter Zaubmüller haben die Gemeinderatsitzung bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Beschäftigungsprojekt für 40.000 geförderte Arbeitsplätze
für die Beschäftigung von Langzeitbeschäftigungslosen;
Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-10-2021

GR. Ganzert: Sie alle wissen kommenden Samstag ist der 1. Mai – Staatsfeiertag, Tag der Arbeit. Viel weniger wissen, dass am Tag davor, dem 30. April der Tag der Arbeitslosen ist. Die Corona-Pandemie hat uns gesundheitlich viel abverlangt, größer sind allerdings die wirtschaftlichen Schäden, die es in unserem Land gibt. Hier spreche ich besonders die Personen an, die ihren Arbeitsplatz in dieser Zeit verloren haben aufgrund von Corona, wegen Corona. Sieht man sich die Zahlen an – wir haben diese in unserem Antrag festgehalten – sind das über 140.000 Menschen, die schon länger als 12 Monate einen Job suchen. Das ist ein Anstieg von 28,5 %.

Das sind Menschen teils schon in höherem Alter, die aus zum Teil unverschuldeten Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Vielleicht auch, weil sie in einem Berufszweig sind, wo es aufgrund der aktuellen Pandemielage sehr schwierig ist. Dann sind das alles Menschen ohne Perspektive. Dann sind das Menschen, die grundsätzlich arbeitsbereit sind, die beim AMS als arbeitssuchend gemeldet sind, die gerne etwas leisten möchten, für die Arbeit auch etwas Sinnstiftendes ist, die aber momentan keine Chance haben. Die einfach aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage keinen Zugang zum Arbeitsplatz haben und nicht die Leistung, die sie gerne erbringen würden in der Gesellschaft, erbringen können.

Viele werden sich sicher noch an die Aktion 20.000 erinnern, wo damals in Österreich das Ziel war eine Vollbeschäftigung herzustellen. Diese Aktion 20.000 wurde umgesetzt. Es gab auch im Welser Gemeinderat dazu einen entsprechenden Antrag, nämlich dass die Stadt Wels sich positiv dafür ausspricht und die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen trifft, damit auch in der Stadt Wels jemand von der Aktion 20.000 profitieren kann.

Bei der Aktion 40.000 geht es darum, dass öffentliche Einrichtungen (Stadt Wels), gemeinnützige Vereine oder soziale Unternehmen die Möglichkeit bekommen Arbeitsplätze zu schaffen, die vom Bund finanziert werden. Es geht um ein Arbeitsverhältnis über zwei Jahre und darum diesen Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

Wer sich den Antrag genau durchliest weiß, dass 1.213 ehemals Langzeitarbeitslose, die an dieser Aktion teilnahmen, heute wieder einen Arbeitsplatz haben, der nämlich nicht von der öffentlichen Hand gefördert ist. Das ist ein Drittel der Teilnehmer. Das sind Personen, die die Möglichkeit gefunden haben aufgrund dieser damaligen Aktion wieder zurück ins Arbeitsleben zu finden.

Es gibt Möglichkeiten, wie man das Ganze einsetzen kann, wie die Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen, das sind organisatorische Aufgaben, Test- und Impfstraßen, die Instandhaltung von Grün- und Parkflächen usw. Da gibt es sehr viele Möglichkeiten, wie man diesen Menschen ermöglichen kann wieder ins Arbeitsleben zurückzufinden. Es gibt sehr viel Unterstützung auf dieser Ebene. Was sind die Perspektiven, was sind die langfristigen Auswirkungen für diese Personengruppe?

Aus dem Grund entschieden wir uns eine Resolution zu verfassen an die Bundesregierung mit folgendem Inhalt: Wir bitten die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Arbeit, ein Beschäftigungsprojekt für 40.000 geförderte Arbeitsplätze bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen umzusetzen.

In der Zwischenzeit gab es eine Regierungsklausur. Das werde ich eigentlich als Erfolg dieser Initiative, dass man Druck aufbaute, dass man sagte es gab bereits ein positives Beispiel, es zeigte es funktioniert. Die Regierung dachte ein guter Vorschlag der SPÖ, aber wenn wir dem jetzt zustimmen gäbe es zu viele Lorbeeren, deswegen warten wir noch ein bisschen, kommen dann selber mit dem Beschäftigungsprojekt Sprungbrett 50.000.

Was aber für mich sehr unterscheidend ist, es soll kein Wettbewerb sein, 30.000, 40.000, 50.000, der Nächste sagt 100.000, der Nächste sagt kein Arbeitsloser in diesem Land, sondern auf der Rückseite unseres Antrages steht ein sehr durchdachtes Modell. Es gibt dazu schon sehr viele Rahmenprojekte. Die Stadt Wels hat mit der Abwicklung solcher Modelle ja bereits Erfahrung. Ich erinnere nur an die Aktion 20.000.

Insofern freue ich mich auf eine lebendige Diskussion, vor allem wenn es um Ideen geht wie man jenen Menschen, die in dieser Pandemie ihren Job oder bereits vor der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben und daher es umso schwerer hatten wieder in die Arbeitswelt zu finden, helfen kann.

Bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Eine Zustimmung würde ich so verstehen, dass wir natürlich jede Form, die es gibt um Menschen zu helfen, unterstützen, wir das auch dem Bund mitteilen wollen und es als gewissen Auftrag sehen uns im Hause Magistrat entsprechend darauf vorzubereiten wie wir Angebote schaffen könnten.

GR. Schiefermayr: Lieber Stefan, du sprachst die damalige Aktion 20.000 an, die im Jahr 2019 von der Bundesregierung eigentlich aufgelöst wurde. Warum? Wegen Ineffizienz, viel zu teuer und nicht treffsicher. Es gab eine Nachfolgeaktion u.a. die Aktion 20.000+. Bei dieser Aktion wurden auch die wirtschaftlichen Interessen berücksichtigt. In Erinnerung rufen darf ich, dass die ÖVP, FPÖ und SPÖ diesem Antrag im Nationalrat zustimmten.

Du sprachst die Corona-Zeit an, dazu darf ich auch ein paar Punkte nennen, die vielleicht zusätzlich Arbeitsplätze bringen, und zwar endlich einmal eine effektive Senkung der Lohnnebenkosten. Unternehmer müssen sich auch Arbeitsplätze leisten können. Das ist ein Punkt, den wir alle einmal miteinander anpacken sollten. Zweitens die Hacklerregelung.

45 Jahre – hier sind wir uns weitgehend einig – müssen genug sein. Wer 45 Jahre arbeitete, soll abschlagsfrei in Pension gehen können. Mich wundert es nur, dass eine Resolution der Freiheitlichen Arbeitnehmer von euren „Kammerbürokraten“ in der Arbeiterkammervollversammlung abgeschmettert wurde. Ich dachte, da wären wir einer Meinung.

Der dritte Punkt betrifft die Digitalisierung. Sicher ein wichtiges Thema, welches zusätzliche Arbeitsplätze bringt. Der vierte Punkt betrifft Corona. Hier muss ich ehrlich sagen ich verstehe es nicht, warum es immer wieder noch Unternehmen gibt, die immer noch auf die Corona-Hilfe warten. Speziell im Handel, in der Gastronomie, in der Hotellerie, im Reisebüro – überall wird versprochen, aber es passiert nichts! Es gibt mittlerweile tausende von Kellnern und Köchen, die umgeschult wurden. Wenn die Branche wieder aufsperrt, gibt es kein Personal. Es heißt nicht umsonst: „Ohne Geld ka Musi!“ Tut mir leid, lieber Stefan, das genügt nicht für unsere Zustimmung.

GR. Dr. Csar: Man kann vieles diskutieren und immer wieder Vorschläge machen. Wir haben zwei Ebenen, auf denen schon sehr viel geschehen ist, um aus der Corona-Krise wieder herauszukommen, insbesondere auch um Zukunftsmusik zu spielen. Auf Bundesebene sind Maßnahmen in der Klausur besprochen, diskutiert und beschlossen worden. Da sind wir auf einem sehr guten Weg.

Auf Landesebene ist z.B. der Pakt für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich nicht nur diskutiert, sondern auch beschlossen worden. Ein Pakt, der von allen Regierungsmitgliedern unterschrieben wurde, der von allen Sozialpartnern mitgetragen wurde und unterstützt wird. Das Land OÖ, das AMS, das Sozialministerium, die Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, der ÖGB OÖ und natürlich auch die Bildungsdirektion für OÖ haben hier umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um den Arbeitsprozess voranzutreiben und den Menschen wieder eine vernünftige Beschäftigung zu ermöglichen, damit sie wieder ein gutes Auskommen haben. Die Krise hat vieles verändert, aber die Regierung hat darauf eingeschwenkt und insbesondere sah man, dass entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können.

Die entsprechenden Maßnahmen sind erfolgreich. Das sieht man deutlich an den Arbeitslosenzahlen, die sich Gott sei Dank wieder zurückentwickeln. Jeder Arbeitslose ist zu viel. Die gebannten Höchstwerte sanken wieder und wir sind fast auf dem Niveau der Zahlen, die wir vor der Corona-Krise hatten. Auch noch immer zu viel, wir könnten immer mehr machen, aber wir sind auf sehr gutem Weg.

Ich nehme an, dass mit diesen Maßnahmen weitere Fortschritte gemacht werden können auf Bundes- und Landesebene. Wir können diesbezüglich auf weitere Wortspenden aus Wels verzichten. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen. Eines möchte ich noch festhalten, dass die Bundes- und Landesregierung sehr viel Geld in die Hände nehmen – Milliarden von Euro. Das ist Steuergeld, welches wir alle finanzieren und bezahlen müssen. Ich sehe es überhaupt nicht ein, dass es immer wieder in den Sozialen Medien heißt: „So viel Geld wird ausgegeben, wer soll das alles zahlen?“. Sind wir doch froh, dass dieses Geld investiert wird in die Wirtschaft, in die Unternehmer, in die Arbeitsplätze und seien wir auch dafür dankbar – weil wir heute schon oft darüber sprachen – für das was wir haben.

Dieses „Krankjammern“ wird gerade in Vorwahlzeiten immer stärker und kann ich nicht akzeptieren. Hier möchte ich auf meinem Vorredner Bezug nehmen. Es gibt immer wieder

etwas zu kritisieren, aber bitte überlegen wir es uns gut was wir kritisieren. Wir sind auf gutem Weg ohne hier jemanden in Sicherheit wiegen zu wollen. Diese beschlossenen Maßnahmen sind gut. Machen wir so weiter. Wir sind in Oberösterreich gut unterwegs. Den eingebrachten Initiativantrag der SPÖ-Fraktion werden wir ablehnen.

GR. Hufnagl: Stefan, du sagtest am Ende deiner Wortmeldung, wir sollten den Antrag beschließen, damit wir auch am Magistrat überlegen können wo wir ein Angebot schaffen. Das beschreibt schon ein wenig das Übel dieser Aktion 40.000, die mit der Aktion 20.000 sehr verwandt ist und die wir damals schon diskutierten. Es ist ja bekannt, wir NEOS haben eine eindeutige Meinung dazu.

Natürlich bringt man hier eine gewisse Personenanzahl unter. Aber weil eben Unternehmen, Vereine, Institutionen dann sagen es gibt jetzt eine Förderung, nehmen wir einen Mitarbeiter auf. Das ist nicht wirklich nachhaltig. Es gehören hier ganz andere Aktionen, die viel wichtiger wären, gefördert, wie z.B. ein degressives Arbeitslosengeld, welches im Zeitverlauf fällt, oder umgekehrt eine höhere Zuverdienstgrenze. Das macht auch sicher Sinn. Über all diese Dinge könnten wir diskutieren. Aber ich glaube einfach, dass diese Aktion 40.000 eine gewisse Marketing-Aktion oder Geldvernichtungsaktion ist und nicht wirklich langfristig Arbeitsplätze schafft. Steuern werden in unseren Unternehmen erwirtschaftet. Es wäre ganz wichtig dies einmal zu erkennen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Bis jetzt sind diese Wortmeldungen eine Themenverfehlung. Der Antrag dreht sich nicht um das Gesagte von GR. Schiefermayr, von GR. Dr. Csar und von GR. Hufnagl. In Österreich haben wir jetzt Corona-bedingt eine Langzeitarbeitslosenanzahl von über 100.000 Personen mehr als vor der Pandemie. D.h. es sind zu den „verfestigten“ Langzeitarbeitslosen jetzt Corona-bedingt mehr als 100.000 Personen dazugekommen. Es ist zu befürchten, diese Arbeitslosigkeit wird sich verfestigen. Verfestigen tut sie sich deswegen, weil, wenn sich Personen für eine Arbeit bewerben und deren Arbeitslosigkeit bereits länger als ein Jahr ist, diese Personen von den Personalbüros bereits aussortiert werden. D.h. sie bekommen nicht mal mehr ein Antwortschreiben.

Diese Dinge denke ich mir nicht aus. Das alles kann man nachlesen, wenn man sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt. Wir können jetzt hergehen und so tun als ob uns das egal ist. Abenteuerlich ist zu sagen, wir sind schon wieder fast am Arbeitslosenstand wie vor Corona. Wir haben noch weit über 100.000 Personen mehr in der Arbeitslosenstatistik und noch 100.000e Menschen in Kurzarbeit, wo heute noch keiner weiß wie das ausgehen wird. Es wird sich erst zeigen wieviel davon wirklich in ihre Beschäftigung zurückkehren. Da sind wir uns doch alle einig.

Als Stadt Wels hatten wir bei der Aktion 20.000 ein „kleines Fenster“ und holten uns noch einige Personen. Mit diesen waren wir hochzufrieden, weil sie für die Stadt Wels geförderte Arbeitskräfte waren und in der Erbringung unserer Dienstleistungen geholfen haben. Das von Stefan Ganzert angesprochene System setzt auf dieser Ebene an.

Wer am Sonntag Radio hörte hat vielleicht mitbekommen, dass es durch diese Aktion der Bundesregierung einen Mitnahmeeffekt geben wird. Was passiert? Jede Neuanstellung in einer Firma wird gefördert, egal ob es zusätzliche neue Jobs sind oder ob diese durch Pensionierungen oder was auch immer nachbesetzt werden. D.h. Mitnahmeeffekt von Förderungen. Genau über das sollten wir diskutieren. Wir sollten gemeinsam schauen

keine verfestigten Langzeitarbeitslosen zu haben. Das können wir nur, wenn wir effiziente Systeme haben, die am Bedürfnis ansetzen. Was ist das Problem der Langzeitarbeitslosen? Das Alter 55 +! Geht euch einmal in einem neuen Berufsfeld bewerben, dafür wünsche ich euch viel Glück! Noch dazu, wenn ihr über ein Jahr arbeitslos seid.

Es gibt am Arbeitsmarkt de facto sehr wenig Jobangebote. Dort setzt dieses System an. Nämlich zu sagen, man muss hergehen und in einem Bereich wo man fördert, wo es so etwas wie eine besondere Sorgfaltspflicht gegenüber den Mitarbeitern gibt, etwas tun - nämlich in der gesamten gesamtwirtschaftlichen Szene. Da gehören die Gemeinden dazu.

Die Aktion 20.000 war hoch erfolgreich dort wo sie weitergeführt wurde. Schaut euch bitte die Themen in Niederösterreich an. In Niederösterreich wurde diese Aktion über das AMS weiterfinanziert. Es sind überall erfolgreiche Zahlen herausgekommen. Unter dem Strich ist eines ganz klar um was es hier geht. Es geht nicht darum, dass ein System besser ist als das andere. Sondern das eine System darf nicht sein, weil es schon einmal war und vor allem weil es die SPÖ propagiert.

Wir werden wahrscheinlich im Nachhinein nochmals darüber diskutieren. Das, was die Bundesregierung jetzt macht, wird nichts anderes sein als ein Mitnahmeeffekt beim Förderprogramm für die Unternehmer. Aber es wird den langzeitarbeitslosen Arbeitnehmern nichts bringen. Schaut euch die Statistiken an, dann werdet ihr das sehen.

GR. Ganzert: Danke Johnny für deine Ausführungen. Über die ersten Wortmeldungen bin ich etwas erstaunt. Sie waren alle kurz, da könnte man denken, es gibt gar kein großes Problem. Den Bundeskanzler habe ich ihm Ohr, der sagt „koste es was es wolle“, wir dürfen uns nicht aufregen was das alles kostet und es ist alles gut wie es ist und diese Zahlenvergleiche können nicht stimmen. Es wäre noch schlimmer, wenn diese Zahlen bei der bevorstehenden Öffnung noch weiter steigen würden. Man muss sich genau anschauen welche Personen wieder eine Arbeit finden. Sind das z.B. Personen über 50 Jahre, die langzeitarbeitslos sind? Insofern ist sehr verkürzt darüber diskutiert worden.

Zur Frage von GR. Hufnagl, wie ich das meinte: Ich habe es als Signal gemeint, dass die Stadt Wels als Arbeitgeber sich denkt welche Felder identifiziere ich für mich selbst, wenn ein Job in der Parkraumbewirtschaftung oder im Contact-Tracing möglich ist. Es war als Anreiz gedacht sich mit dem genauer auseinanderzusetzen. So war es ungefähr gemeint.

Sieht man sich die Zahlen an, so hat jeder dritte Langzeitarbeitslose über 50 Jahren, der an der Aktion 20.000 teilnahm, heute wieder einen Arbeitsplatz. Das klingt immer so nett, vor allem wenn einer dann sagt wir sollen dankbar sein. Wir sollen dankbar sein, dass es uns eh so gut geht. Diese betroffenen Personen, die schon über 12 Monate oder noch einer längeren Zeitspanne arbeitslos sind, keinen Job finden, tun sich damit schwer zu sagen seid dankbar. Das ist zu wenig.

Ja zur Senkung der Lohnnebenkosten. Hacklerregelung – das ist Face to Face von der SPÖ, wenn Ronny Schiefermayr diese Frage stellt.

Zwischenruf von GR. Schiefermayr: Warum hat das dann die Arbeiterkammer abgelehnt, das täte mich interessieren!

GR. Ganzert: Vermisst habe ich die Ernsthaftigkeit zu sagen kann auch die Stadt Wels etwas tun. Tun wir etwas für diese Leute? Es sind Personen, die bei uns wohnen, die in Wels Probleme haben. Ich finde den Verlauf der Diskussion schade, hätte mir zumindest ein o.k. eventuell für mehrere Modelle gewünscht oder ein „vielleicht reden wir im Ausschuss weiter“, „reden wir was ist das beste Modell, die beste Idee“. Scheinbar ist die Stadt Wels in ihrer Mehrheit sehr ideenlos in dieser Frage. Ich hoffe das Beschäftigungsprojekt Sprungbrett bringt etwas. Ich befürchte aber - wie der Bildungsreferent -, dass es dann einen sehr starken Mitnahmeeffekt geben wird und dass jenes, was die Aktion 40.000 hätte schaffen sollen, dadurch nicht erreicht wird.

Der Initiativantrag (Anlage 16) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
18 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
abgelehnt.

GR. Christian Fila, GR. Andreas Weidinger, GR. Walter Zaunmüller haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

GR. Markus Hufnagl verlässt um 18.46 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Parkbetreuung mit sozialpädagogischem Schwerpunkt
für die Nutzer der Grünanlagen und Parks der Stadt Wels
Verf-015-I-11-2021

StR. Mag. Schininger: Wie wir wissen ist nach wie vor alles geprägt von Corona und den damit einhergehenden Folgen. Die weltweite Pandemie hat nicht nur gesundheitlich teils dramatische Auswirkungen mit sich gebracht. Neben all dem Leid durch Krankheit und Tod ergeben sich naturgemäß durch die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen auch weitreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Das hörten wir auch im vorhergehenden Antrag des Kollegen Ganzert.

Auch wenn jetzt mit dem 19. Mai größere Öffnungen und Erleichterungen angekündigt und geplant sind, so ist eher nach meinem Dafürhalten doch davon auszugehen, dass auch in den nächsten Monaten Reisen und größere Ausflüge o.ä. leider immer noch nicht möglich sein werden und im Sinne der Kontaktminimierung wahrscheinlich auch nicht sinnvoll sind. Daher werden auch die Bürger nach wie vor vermehrt ihre Freizeit zu Hause verbringen müssen und in den städtischen Naherholungsgebieten anzutreffen sein. Es ist leider auch davon auszugehen – wie schon vorher erwähnt – es wird sich in absehbarer Zeit nicht verbessern. Das bedeutet, wenn die Temperaturen wieder ansteigen werden die

Grünflächen und Parks unserer schönen Stadt wieder gut besucht sein. Es werden sich viele Kinder und Jugendliche auf den Spielplätzen treffen, werden gemeinsam in den Parks „abchillen“. Sie werden, das vergönne ich ihnen wirklich aus tiefstem Herzen, ihr junges Leben genießen mit ihren Freunden und mit all dem, was es zu einem jungen Leben auch tatsächlich braucht.

Leider ist es so – die Vergangenheit zeigt es uns -, dass diese vermehrte Frequenz zu Problemen führen kann. Probleme in Form von Konflikten, die sehr oft durch kleinere Interventionen aufgelöst werden könnten und damit vermieden wird, dass es am Ende des Tages zu Eskalationen kommt. Probleme gibt es auch mit verstärktem Müllaufkommen durch unachtsam und falsch entsorgten Müll, Zigarettenstummeln etc. Wer kennt alle diese Problematiken leider nicht.

Daher erscheint es uns nicht nur in diesen speziell herausfordernden Zeiten besonders wichtig, dass sich die Stadt hier präventiv lenkend, vor Ort eingreifend bemerkbar macht. Wir dürfen aber auch nicht - das erscheint mir in dieser Diskussion ein wesentlicher Aspekt zu sein - die Eltern aus der Verantwortung nehmen. Obwohl es gerade für diese, speziell sehr oft leider für Frauen, teils zu kaum ertragbaren Mehrfachbelastungen kommt. Homeoffice, distance-learning, beengte Wohnverhältnisse, social distancing etc. sei nur exemplarisch angeführt. Auch die Eltern brauchen hier unsere Unterstützung.

Deshalb fordern wir eine personell ausreichend ausgestattete Parkbetreuung mit sozialpädagogischem Schwerpunkt, die in allen städtischen Naherholungsräumen tätig sein soll. Diese sollte präventiv vor Ort arbeiten und natürlich auch die Zusammenarbeit mit den Eltern forcieren. Gemeinsam sollte es doch gelingen größere Konflikte und Eskalationen in Hinkunft zu vermeiden.

GR. Wohlschlager: Mit Sicherheit gut gemeint ist der Antrag im Detail jedoch ziemlich ohne Aussage bzw. die wichtigen Inhalte fehlen. Beispielsweise: In der Stadt Wels gibt es bereits seit vielen Jahren eine mobile Parkbetreuung, die für Kinder und Jugendliche angeboten wird während der Sommermonate, wo eine außerschulische Betreuung notwendig ist, da eine nötige Ansprechperson, die normalerweise in den Schulen vor Ort vorhanden ist, fehlt.

Die Zielgruppe geht durchschnittlich von sechs bis vierzehn Jahren, Jugendliche darüber hinaus sind ohnehin meist schwierig zu beeinflussen. Die Parkbetreuung findet an unterschiedlichen Standorten bzw. Parks im Welser Stadtgebiet statt. Die Standorte werden in Absprache mit der Dienststelle festgelegt. Es wird die Besucherfrequenz erhoben. Es wird erhoben, ob es ein konfliktbehafteter Standort ist oder ob dort die Parkbetreuung eben vernachlässigt werden kann. Fakt ist, die frequenzhöchste Zeit ist von 16.00 bis 19.00 Uhr – aktuell findet um diese Zeit die Betreuung statt. Die Betreuung wird täglich an zwei verschiedenen Standorten von den Organisationen (Kinderfreunde, Abenteuer Familie) durchgeführt. Diese beiden Organisationen teilen sich die Standorte auf. Das Personal besteht zumindest aus einem Sozialpädagogen und pädagogisch geschulten Mitarbeitern und zielt im Endeffekt genau auf die vom Kollegen StR. Mag. Schininger erwähnten Punkte ab.

Es ist wichtig durch freizeitpädagogische Aktivitäten mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, herauszufinden wo die Probleme liegen, ob sie Ansprechpartner brauchen, ob sie vielleicht an eine städtische Betreuungseinrichtung oder an eine sonstige Einrichtung verwiesen werden können, wenn sie Beratung benötigen.

Auch im Jahr 2021 ist die mobile Parkbetreuung wieder geplant, wenn auch Corona-bedingt unter anderen Maßstäben als sonst. Um zum Antrag zurückzukommen, zielt die angesprochene Betreuung auf Kinder und Jugendliche ab oder sind auch Erwachsene eingebunden?

Der zweite Teil ist definitiv formuliert: „Wir fordern eine personell ausreichend ausgestattete Parkbetreuung, die in allen städtischen Naherholungsräumen tätig sein soll.“ Die Stadt Wels verfügt über rund 40 Parks mit Spielgeräten. Darüber hinaus über eine große Anzahl von Parks und Grünflächen – sogenannten Naherholungsräumen. Im ganzen Stadtgebiet tätig zu sein wird sich definitiv nicht ausgehen, weder aufgrund von personellen Ressourcen noch aufgrund der Zeitdauer während der Sommermonate.

Der dritte offene Punkt ist, Sozialpädagogen leisten gute Arbeit, sind aber nicht immer in der Parkbetreuung die richtige Berufsgruppe. Die Parkbetreuung ist als Instrument nicht immer ausreichend, wie uns auch die Vergangenheit zeigte. Die Parkbetreuung musste beispielsweise an einem Standort abgebrochen werden, die Ordnungswache wurde hinzugezogen, es wurde dort an Sozialarbeiter und Streetworker verwiesen. D.h. man muss sich anschauen, ob die Berufsgruppe der Sozialpädagogen geeignet ist, ob es nicht besser ist eine Mischung zu nehmen aus Sozialarbeitern, um auch hier die Mediation stattfinden zu lassen.

Auch die zeitliche Abgrenzung fehlt. Soll es ein tägliches Angebot sein? Soll es ein stundenweises Angebot sein? Geht es nur darum kurz am Standort vorbeizuschauen, um zu sehen gibt es Konflikte ja oder nein? D.h. eine Vielzahl von Punkten ist offen, deshalb fürs Erste eine Definition der Zielgruppe, zielt es auf Kinder und Jugendliche, auf Erwachsene oder beides ab? Das Zweite ist die Eingrenzung der Standorte, die unbedingt notwendig ist. Das Dritte zielt auf die zeitliche Eingrenzung ab und das Vierte welche ist die entsprechende Berufsgruppe, die dafür eingesetzt werden soll?

Aus diesen offenen Gründen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss – je nach Definition der Zielgruppe Sozialausschuss oder Jugendausschuss - zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wohlschlager auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Pilotprojekt für freiwillige Testungen in Kinderbildungseinrichtungen
Verf-015-I-12-2021

GR. Scheinecker, BA: Folgenden Antrag möchten wir heute zur Diskussion bringen: „Der Magistrat der Stadt Wels wird aufgefordert, ein Pilotprojekt für freiwillige Testungen in Kinderbetreuungseinrichtungen zu starten.“

Warum stellen wir diesen Antrag? Kindergärten sind Bildungseinrichtungen, in denen sich die Kinder schwer tun z.B. den Mindestabstand einzuhalten. Das soll ja auch nicht unbedingt so sein. Gleichzeitig ist es ein Bereich, in dem ganz viel Nähe herrscht – Gott sei Dank! Kinder lernen aus Beziehungen, Kinder brauchen Beziehungen, d.h. unsere Pädagogen und Helfer setzen sich täglich für uns alle, für unsere Kinder einer Gefahr aus. Das ist ihnen auch bewusst. Die Betreuer sind zwar im Impfkonzent enthalten, die Kinder sind es allerdings nicht. Die Pädagogen werden getestet, die Kinder nicht.

Zu Beginn gab es eine große Diskussion darüber, ob man in Schulen, beispielsweise in Volksschulen testen soll. Mittlerweile ist es für jedes Volksschulkind, für jedes Schulkind ganz normal sich dreimal wöchentlich testen zu lassen. Meiner Wahrnehmung nach ist dies kein großes Thema mehr. Die Testmöglichkeiten werden immer praktikabler, weniger invasiv und einfacher durchzuführen. Mittlerweile gibt es Lollipop-Tests, Gurgeltests, Spucktests - die Bandbreite ist sehr groß und es ist durchaus möglich kleinere Kinder zu testen.

Viele Familien haben mehrere Kinder, dann ist vielleicht das größere Schulkind Kontaktperson 1. Das heißt für das Geschwisterkind noch gar nichts, das kleine Geschwisterchen kann ganz normal in den Kindergarten gehen. Auffallen tut uns ein möglicher Infektionsherd erst dann, wenn die Eltern Symptome zeigen und positiv getestet wurden. Dann kommt man drauf, dass man möglicherweise im Kindergarten ein Cluster hat. D.h. wir wissen Kinder sind genauso ansteckend wie Erwachsene und es gibt ein Ansteckungspotential, welches Familien, Pädagogen gefährdet. In Wirklichkeit ist auch gefährdend, wenn unsere Kinderbetreuungseinrichtungen offen sind.

Österreichweit gibt es bereits die verschiedensten Initiativen, Pilotprojekte, Versuche, wie man möglicherweise die Sicherheit in den Kinderbildungseinrichtungen erhöhen könnte. Insofern wäre es gut für uns zu überlegen wie wir die nächsten Monate gestalten. Es ginge zu weit zu sagen stellen wir allen Kinderbetreuungseinrichtungen, allen Kindergärten, allen Eltern Gratistests zur Verfügung. Es sind natürlich freiwillige Testungen und wir wissen nicht, ob diese angenommen werden. Wir wissen nicht wie die Kommunikation mit den Eltern funktioniert und wie wir das abwickeln können.

Aber es gibt tatsächlich eine Möglichkeit - wir könnten einen Versuch starten. Seit Monaten warten alle schon auf „das Licht am Ende des Tunnels“. Es wäre tatsächlich eine tolle Geschichte und wir könnten schauen wie unsere Pädagogen damit umgehen. Wir haben Expertinnen, diese kennen die Kinder und wissen wie sie sich das vorstellen könnten, was für Testungen sie empfehlen würden. Es wäre ein gutes Zeichen der Stadt Wels als Arbeitgeber gegenüber ihren Pädagogen zu sagen, wir sehen das was ihr da macht! Wir sehen, dass ihr in den Kinderbetreuungseinrichtungen großartige Arbeit leistet und wir sehen auch, dass ihr euch einem erhöhten Risiko aussetzt für das Offenhalten unserer Kinderbetreuungseinrichtungen.

Es wäre eine gute Idee in eine Beziehungsarbeit zu gehen, zu schauen, dass man die Eltern, Kinder und Pädagogen einbindet. Alles, an das wir uns langsam gewöhnen und

ohne Zwang probieren können, ist irgendwann einmal eine nicht gar so erschreckende Realität, wie es vielleicht zu Beginn die Impfung war. „Um Gottes Willen ich will mich nicht testen lassen“, „um Gottes Willen ich will mich nicht impfen lassen“, „keine Maske tragen“ usw.

Unter dem Aspekt keine Teststrategie für nichtschulpflichtigen Kinder zu haben, keine Impfung für nichtschulpflichtige Kinder zu haben, wird uns das Problem noch lange begleiten. Das Wichtigste für uns alle ist ein bisschen mehr Normalität. Wenn Testungen uns das ermöglichen können, wäre es ein Versuch wert mit unseren Experten (Pädagogen) in Dialog zu treten und zu schauen wie wir es als Stadt gestalten können. Es ist ein gut absteckbarer Rahmen uns mit einem Kindergarten der Stadt Wels zusammenzuschließen und gemeinsam etwas zu erarbeiten.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Im vorletzten Antrag diskutierten wir über die Arbeitslosenzahlen in Österreich. Wie man heute den Medien entnehmen kann ist im Bundesparteivorstand der SPÖ ein Job frei geworden, denn der Burgenländische Landeshauptmann Doskozil hat sich überraschend zurückgezogen mit der Begründung u.a., dass die Partei (SPÖ) den gesundheitlichen wie auch gesellschaftlichen Bedürfnissen der Menschen nicht mehr genug Rechnung trage. Ich weiß jetzt nicht, ob er den vorliegenden Antrag kannte – möglicherweise war das ein Auslöser dafür.

Ich werde jetzt gar nicht über meine weitere Meinung zum Thema Testpflicht und Testen in Kindergärten eingehen, sondern habe eine Stellungnahme mitgebracht. Diese ist vom 28.02.2021 zur Teststrategie, zur Covid-Diagnostik in Schulen und KITAS. Das ist eine Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie, der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte sowie der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene. Ich darf ihnen die drei Kernaussagen dieser Stellungnahme zitieren:

Kernaussage 1: Ausgehend von allgemein anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen der Screening- und Infektionsdiagnostik erscheint es angesichts fehlender Daten zur Validität von Antigenschnelltests gerade bei asymptomatischen Kindern zum jetzigen Zeitpunkt weder gerechtfertigt noch angemessen diese Tests flächendeckend an Schulen und Kitas einzusetzen. Es ist zu erwarten, dass die Zahl falsch-negativer und falsch-positiver Ergebnisse inakzeptabel hoch sein und weit mehr Schaden als Nutzen mit sich bringen wird.

Kernaussage 2: Unterschätzt werden die negativen psychologischen Auswirkungen repräsentativer Testungen, insbesondere jüngerer Kinder.

Kernaussage 3: Dies ist umso bemerkenswerter als bis heute nicht gezeigt ist, dass Infektionsausbrüche in Schulen, die von infizierten Schülern ausgehen, tatsächlich relevant als Motor der Pandemieentwicklung wirkt.

Übrigens hat das Robert-Koch-Institut diese Einschätzung kürzlich in einer Stellungnahme bestätigt. Nicht zuletzt aus diesen drei Kernaussagen dieser Stellungnahme von wirklich anerkannten Vereinigungen werden wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

GR. Wiesinger: Auch wir werden diesen Antrag nicht unterstützen und ich möchte auch begründen warum - vielleicht nicht so wissenschaftlich oder in die Bundespolitik ausschweifen zu müssen. Am 20.02 d.J. verkündete das Land Oberösterreich es wird solche Pilotprojekte in Oberösterreich geben. Wir reden hier von den Lollipop-Tests, wobei mir persönlich dieser Ausdruck überhaupt nicht gefällt, weil nicht gesagt wurde, dass man diesen Test 90 Sekunden im Mund halten muss und es ist kein Schlecker. Ich weiß nicht, wie ich meinem fünfjährigen Sohn erklären kann, er soll so lange warten. Persönlich finde ich die Tests in den Apotheken (Abstrich im vorderen Nasenbereich) viel angenehmer als 90 Sekunden auf die Uhr zu schauen. Ich denke der Lollipop-Test wird in der Praxis scheitern – das ist meine persönliche Meinung.

Das Land Oberösterreich verkündete an der Kepler-Universität und im Klinikum Wels-Grieskirchen (also auch in Wels) werden Pilottestungen durchgeführt, ein Pilotprojekt wird gestartet. Wir brauchen nicht in jeder Gemeinde ein Pilotprojekt. Die SPÖ-Fraktion tut mir fast schon ein wenig leid – auch im Landtag habt ihr diesen Antrag eingebracht. Wahrscheinlich war es ein Auftrag der Landespartei diesen in allen Gemeinderäten Oberösterreichs einzubringen. Die Pilotprojekte seitens des Landes genügen, weshalb wir diesen Antrag ablehnen werden.

StR. Josseck-Herdt: Als Kindergartenreferentin möchte ich natürlich auch meine Meinung kundtun. Wie Kollege Wiesinger sagte gibt es bereits sehr viele Pilotprojekte in Niederösterreich, in Burgenland und auch in Wien. In Oberösterreich haben wir in den zwei genannten Krankenhäusern ein Pilotprojekt laufen. Meine Meinung ist – diese deckt sich auch mit der Meinung der meisten Pädagoginnen -, wir können die Kinder jetzt nicht zu Versuchskaninchen machen, nur weil wir glauben wir müssen jetzt auch ein Pilotprojekt starten, wobei ja noch gar nicht gesichert ist, ob das sich zeigende Ergebnis wirklich richtig ist. Zu bedenken ist noch die rechtliche Situation – diese ist noch gar nicht geklärt. Wer darf jetzt bei den Kindern diesen Test machen? Müssen es die Eltern zu Hause tun? Müssen sie darauf achten, dass das Kind nicht unmittelbar vorher Zähne geputzt oder etwas gegessen hat oder sollen es Diplomkräfte aus dem Gesundheitsbereich in den einzelnen Kindergärten durchführen?

Ich bin der Meinung wir warten ab was diese Pilotprojekte zeigen, welche Ergebnisse uns mitgeteilt werden. Dann werden wir uns ganz schlicht und einfach an die Vorgaben des Landes halten. Wir machen das jetzt auch und sind immer gut gefahren. Oder wir halten uns womöglich an die Vorgaben des Bundes. Es kann doch nicht sein, dass jede Stadt ihr eigenes Süppchen kocht, nur weil es - so wie es Frau Vzbgm. Silvia Huber heute zu mir sagte - „nur weil es charmant wäre, wenn wir so ein Projekt in Kraft setzen würden“.

Meine Meinung ist dazu NEIN. Einen Kindergarten, in dem dies durchgeführt werden könnte, würde ich schon finden. Aber, ehrlich! Was hat das für einen Sinn? Wir warten jetzt die Ergebnisse ab und wenn sie in Ordnung sind, wenn es empfehlenswert ist, werden wir sicher im Einklang mit dem Land unsere Kinder testen lassen zum Schutze aller. Aber, wie gesagt, jetzt ist Geduld angesagt und dann entscheiden wir.

GR. KR. Schönberger: Lieber Ralph Schäfer, du bist sehr nahe am Kollegen Kickl gebaut – das merkt man auch in deinen Wortmeldungen was das Thema Corona betrifft, unabhängig vom Kollegen Doskozil, der vielleicht andere Beweggründe hatte. Eines ist klar, wenn wir uns nach dem Robert-Koch-Institut richten würden, würden wir heute nicht hier sitzen mit einer Inzidenz von über 300. In Deutschland hat man bei einem Drittelwert

mehr oder minder völlig auf Stillstand geschaltet - auch auf Anraten des Robert-Koch-Institutes. Man kann nicht immer das heranziehen was gerade opportun ist und was man gerade erwähnen kann, um irgendetwas schlecht zu heißen.

In der Stadt Wels haben wir relativ hohe Infektionen. Es wäre ein weiterer Schritt den Menschen Sicherheit zu geben, auch in den Kindergärten einmal ein Testangebot zu geben und ein Pilotprojekt in Wels zu starten. Warum müssen wir immer abwarten? Wir haben abgewartet beim Contact-Tracing. Da wartete die Stadt, dass das Land etwas tut. Das Land wartete, dass der Bund etwas tut. Am Ende des Tages haben wir nicht einmal über 30 Infektionen am Tag ordentlich nachvollziehen können, weil wir einfach zugewartet haben anstatt vorausblickend etwas zu tun. Genau das wird von der Politik verlangt – vorzuschauen!

Die Beamten haben es abzuarbeiten, was heute abzuarbeiten ist. Die haben zu warten auf die Verordnungen, die haben die Gesetzesgrundlagen zu akzeptieren, um ihre Arbeit machen zu dürfen und machen zu können. Wir in der Politik haben die Aufgabe vorzuschauen. Dieser Antrag ist nichts anderes als einen kleinen Schritt vorzuschauen.

Bgm. Dr. Rabl: Vielleicht zur Richtigstellung: Der Inzidenz-Wert in Deutschland ist nicht mit jenem in Österreich zu vergleichen. Lieber Karl, Details kannst du dem Internet entnehmen.

Vzbgm. Huber: Das von Karl Schönberger Gesagte kann ich nur unterstreichen. Ich gehe auf diesen Zynismus mit Doskozil überhaupt nicht ein – das hat es nicht Not. Corona ist ein wichtiges und ernst zu nehmendes Thema. Ich glaube auch nicht Geduld ist angesagt, schon gar nicht bei diesem Thema!

Ich sagte nicht es wäre charmant, sondern ich sagte es hätte einen Charme, wenn wir in Wels als Vorreiter aktiver werden, wie Traiskirchen es macht. Ich blicke sehr oft neidvoll nach Wien, was dort so alles bewegt wird. In Wien machen sie auch Versuche und probieren verschiedene Tests aus. Als Gesundheitsreferentin hätte es mich wirklich sehr gefreut in dieser Sache initiativ zu werden. Diese Tests machen sicher Sinn, denn sonst würde das Land Oberösterreich das jetzt nicht im Klinikum Wels-Grieskirchen tun. Zu sagen es würde gar nichts bringen, sehe ich nicht so. In diesem Sinne sehe ich einfach das Signal man mag das in der Stadt Wels nicht tun. Mehrheiten sind zu akzeptieren, finde es nur wahnsinnig schade, weil in vielen anderen Bereichen (z.B. Covid-Testbus) waren wir auch Vorreiter. Auch hier könnten wir ein Zeichen setzen.

GR. Ganzert: Niemand muss sich sorgen, dass Herr Doskozil nicht mehr Landeshauptmann von Burgenland ist. Er legte lediglich seine Position im Bundesparteivorstand als stellvertretender Bundesparteivorsitzender zurück. Ich weiß, es wird eine Welserin geben, Frau NAbg. Eva Holzleitner, die im Bundesparteivorstand einen Platz ausfüllen wird.

Bei diesem Antrag habe ich das Gefühl er wird ein wenig falsch verstanden. Innerhalb der Fraktion diskutierten wir ihn lange, weil es unterschiedliche Entwürfe und Zugänge dazu gab. Es stimmt nicht wie GR. Wiesinger sagte, dass dieser Antrag in der SPÖ-Landessitzung thematisiert wurde. Sondern es ging darum wie wir den Eltern und den Kindern helfen, die Hilfe brauchen. Es geht um Kinder in den Kindergärten, bei denen ja keine regelmäßigen Tests vorgesehen sind. Wir möchten jetzt nicht sämtlichen Kindern in

den Kindergärten und Horten eine Testung vorschreiben, sondern vielmehr die Möglichkeit geben das zu tun, wenn es Eltern gibt, die sagen, was gibt es für eine Möglichkeit damit ich mich auch bei meinem Kind sicher fühlen kann. Deswegen stehen auch auf der Rückseite des Antrages diese Fragen.

Zu Beginn sagten wir, wir sollten dies eigentlich jedem Welser Kind anbieten können. Dann wurden die Kosten durchgerechnet und wir sagten bewusst, wir gehen auf einen eigenen Pilotstandort. Schauen wir einmal ob die Sache funktioniert und ob eine geeignete Testmöglichkeit gefunden wird. Wir sagten nicht es muss unbedingt ein Lollipop-Test, Gurgel- oder PCR-Test sein. Wenn herauskommt, dass sich die Mehrheit der Eltern beispielsweise einen Rachenabstrich wünscht, dann soll dies ein Rachenabstrich sein unter Abklärung mit Eltern und Pädagoginnen, wie, wie oft und wo getestet werden soll. Vielleicht ist es auch nur ein Testkit, der mitgegeben wird, weil die Eltern sagen wir haben Fälle in der Schule von unserem anderen Kind und da möchten wir auf Nummer sicher gehen. D.h. der Antrag ist viel offener und weiter zu sehen. Wir legen Wert auf freiwillige Kommunikation mit den Eltern über die Testdauer und empfohlene Häufigkeit der Testungen. Also es wäre nur darum gegangen, finden wir ein Haus, einen Kindergarten, eine Einrichtung, in der man sich zusammensetzt mit allen Beteiligten (Leitungen, Pädagoginnen, Eltern) und fragt gibt es dafür einen Bedarf, gibt es eine Form der Testung, die gewünscht wird, wie können wir unterstützen. Das ist die Grundidee des Antrages.

Auch ich blicke oft sehr neidvoll nach Wien, weil dort wirklich tolle Pilotprojekte gemacht werden. Schade finde ich, dass es in Wels nicht den Mut gibt sich eine solche Innovation zuzutrauen. Das Beispiel des Testbusses gefällt mir sehr gut, wir waren auch stolz, dass diese Idee in OÖ mehrfach kopiert wurde. Insofern weiß ich nicht, wenn es um die Freiwilligkeit geht oder um eine Erhöhung der Sicherheit und nur die Eltern, wo der Wille da ist, das zu machen, dass man das so zerpfückt und behauptet wird es wird etwas vorgegeben. Es soll ein zusätzliches Angebot der Stadt Wels sein, damit man sich anschauen kann wie das funktioniert, kann man andere Eltern dann besser beraten usw. Auch die finanzielle Seite spielt eine Rolle. An einem Standort kann man einmal eruieren wieviel so etwas kosten würde. Wenn herauskommt es war kein Bedarf vorhanden, dann wissen wir zumindest das und kann dementsprechend reagiert werden. Das geht aus diesen zwei Seiten des Antrages doch sehr gut hervor.

GR. Mag. Schindler: Eine praktische Frage: Hat sich von ihnen in der letzten Zeit schon jemand damit beschäftigt wie man es macht ein unter 6-jähriges Kind zu testen? Es ist tatsächlich nicht einfach. Als das Bundesheer noch in der Messehalle die Testungen durchführte, habe ich meinen 5,5-jährigen Sohn ohne weiteres testen lassen können. Jetzt betraute man mit den Testungen eine private Firma, die keine unter 6-jährigen Kinder nimmt. In den Apotheken wurde mir erklärt 6-jährige Kindern nehmen wir schon für eine Testung, allerdings keine Kinder unter 6 Jahren.

Ich besuchte kürzlich meinen Vater in seinem neuen Pflegeheim und nahm meine Kinder mit, wofür ich natürlich ein Testergebnis auch für meine Kinder benötigte. In der Steiermark haben sie meinen 5,5-jährigen Sohn getestet, allerdings nicht in Wels.

Jetzt ersuchte unsere Kindergartenleitung die Kinder zu Hause regelmäßig zu testen. Pro Haushalt und pro Erwachsenen erhalten wir fünf Tests im Monat. Das sind in unserem Haushalt 10 Tests. Für die Kinder unter 6-Jahren hat man keine Tests. Jetzt sind wir wieder dort, wo wir vielleicht im letzten Jahr schon waren, wo man vielleicht im Contact-Tracing

ein bisschen vorher hat ansetzen können oder wir sind bei dem von Vzbgm. Huber so toll eingebrachten Vorschlag, was wir für eine Vorzeigerolle übernommen haben als es um den Testbus ging.

Es stimmt schon, es gibt mittlerweile einige Teststrategien im Kindergartenbereich, aber auch wir könnten hier aktiv werden und schauen, ob wir vielleicht unser Schüffelchen dazu beitragen könnten und eine Vorzeigerolle übernehmen. Um nichts anderes geht es. In diesem Antrag sind keine konkreten Vorgaben enthalten. Es steht nur bitte setzt euch zusammen und überlegt euch wie wir das machen könnten. Es ist ein Beitrag, den wir leisten können. Deshalb wäre eine Unterstützung dafür schön.

GR. Wiesinger: Diese Diskussion möchte ich auf den Inhalt des Antrages fokussieren. Wir reden jetzt über den Bund, über Burgenland oder wie man ein Kind zu Hause testet. In diesem Antrag geht es darum einen Kindergartenstandort zu finden für ein Pilotprojekt. Am 20.02.2021 startete das Land Oberösterreich ein Pilotprojekt. Jetzt diskutieren wir darüber in Wels auch noch ein solches zu starten. Das Land OÖ hat eine Woche Vorsprung. Bis wir so weit sind wird es noch eine Woche dauern – da werden die Ergebnisse des Landes bereits vorliegen. Dann wissen wir, ob dies zweckdienlich, praktikabel ist und ob es funktioniert. Wenn das Land OÖ sagt es macht Sinn, dann führen wir das ein. Dazu brauchen wir in Wels kein Pilotprojekt.

GR. Scheinecker, BA: Wir diskutierten wirklich lange über diesen Antrag. Warum fragen wir nicht einfach Pädagoginnen, was diese davon halten? Natürlich gibt es dazu unterschiedliche Meinungen, es geht um eine Freiwilligkeit und um eine Möglichkeit diese Tests anzubieten.

Ich kenne auch erschreckende Bilder. Als ich am Sonntag mit meinen Kindern in den Tierpark ging, war dieser extrem überlaufen. Die Kinder halten keinen Abstand. Nun mögen sie krank werden oder auch nicht – wir wünschen uns alle, dass niemand krank wird.

Nichtsdestotrotz haben Kinder viele Kontakte – das halte ich auch für ganz wichtig. Es wäre eine Möglichkeit gewesen, uns anzuschauen, wie könnten wir starten und den Pädagogen eine Rückversicherung geben. Die mit mir gesprochenen Pädagoginnen (nicht nur bei den Kinderfreunden) fanden diese Idee super und wollten gerne darüber sprechen. Also es gibt tatsächlich einen Redebedarf. Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen einfach einmal niederschwellig zu starten und mit den Pädagoginnen ins Gespräch zu kommen. Die Eltern, Kinder und Pädagogen haben sich am allerwenigsten verdient in meinen Augen, dass demnächst irgendeine Entscheidung daherkommt wie es zu machen ist, ohne vorher mit ihnen gesprochen zu haben. Wir hätten tatsächlich in einer Kinderbetreuungseinrichtung starten können.

Auch das Pilotprojekt im Klinikum Wels-Grieskirchen überlegte ich mir. Nur, es ist eine ganz andere Situation. Ein pädagogisches Umfeld mit Personen meines Vertrauens ist eine andere Situation als eine Testung in einem Krankenhaus. Deswegen brachten wir unseren Antrag trotz dieses Pilotprojekts im Klinikum ein.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>10 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion)
gegen	<u>17 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
und	<u>2 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Christian Fila, GR. Andreas Weidinger, GR. Walter Zaunmüller und GR. Markus Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Der Bürgermeister bedankt sich für die rege Diskussionsteilnahme und erklärt abschließend diese Sitzung für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 05.07.2021 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.